

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 58. Dienstag, den 10. März 1903. 10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

An die Parteigenossen und Wähler!

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei für die bevorstehende Reichstagswahl besteht aus den Genossen B. Effinger, Vorsitzender, P. Pape, Stellvertreter, B. Effinger, Vorsitzender, Adolf Ehlers, Kassirer, J. Stelling, Schriftführer und G. Ehlers, Beisitzer.

Alle Anfragen, Zuschriften, Sendungen usw. sind zu richten an B. Effinger, Lübeck, Johannisstraße 50; demselben ist gleichfalls die Vermittlung der Referenten übertragen worden. Die Genossen und Vereine, welche zur Wahlagitacion einen Referenten wünschen haben sich umgehend bei Gen. Effinger zu melden. Die Referenten selbst können direkte Bestellungen nicht mehr berücksichtigen.

Das Reichstags-Wahlkomitee.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 7. März 1903.

Der Reichstag hielt am Sonnabend zwei Sitzungen ab. Diese bemerkenswerthe Thatsache ist aber nicht auf das Konto des Bierseiers zu setzen, mit welchem das ferienurlustige hohe Haus die Berathung des Etats zu beschleunigen sucht, sondern vielmehr auf die Rechnung der grenzenlosen Faulheit, die das charakteristische Merkmal der Zollmehrheit in allen Nicht-Zollfachen ausmacht. Es handelte sich am Sonnabend „blos“ um Postassistenten, um eine Beamtenkategorie, in der Reserveleutnants nur sehr sporadisch vorkommen: warum sollten sich Junter, Pfaffen und Fabrikanten um solch untergeordneter Wesen halber echauffieren? Wenn's noch Postinspektoren, Posträthe oder sonstige höhere Thiere gewesen wären! So kam es denn, daß der Reichstag schon um 4 Uhr von wegen Beschlußunfähigkeit aufhob. Er hatte in der kurzen Sonnabend-Sitzung Nr. 1 den Etat des allgemeinen Pensionsfonds recht rasch erledigt, wobei sich die Grafen Oriola und Noon auf sehr billige Weise den Ruf der Jähzäher warmer Herzen verschafften. Sie verkündeten mit schmetternden Botschaften ihr überfließendes Wohlwollen für die Veteranen, fuhren mit leidlich gut gespielter Entrüstung den Kriegsminister wie den geizigen Cerberus des Reichsschatzes an, forderten mit drohender Miene die schleunige Vorlegung eines Militärpensionsgesetzes und drohten sogar mit Staatsobstruktion, wenn nicht bald Wandel geschaffen werde. Aber die Kosten des gräßlichen Wohlwollens sollen wieder die Steuerzahler tragen; natürlich nicht die reichen, sondern die armen. Graf Noon schnappte begierig nach einer Biersteuer, Herr v. Kardorff pflichtete ihm eifrig bei und wies dagegen den Gedanken einer Reichseinkommensteuer — die allerdings Dividenden-schludern von der Laurahütte sehr unangenehm werden könnte — weit von sich.

Dann kamen die nachträglich an die Budgetkommission verwiesenen Titel des Postetats an die Reihe. Es handelte sich dabei, wie unsere Leser sich erinnern werden, in erster Linie um die von der Regierung allen feierlichen Versprechungen zuwider hartnäckig verweigerte Schaffung von 1000 neuen Postassistentenstellen. Ein Antrag Müller-Sagan, der auf die Errichtung dieser Stellen drängt, war in der Budgetkommission mit 13 gegen 12 Stimmen gefallen; sein Urheber hatte ihn aber im Plenum wieder eingebracht und für den Fall seiner Ablehnung eine Resolution hinzugefügt, welche wenigstens eine etwas bessere Bezahlung der diätarisch angestellten Assistenten sichern soll. Dem gegenüber wartete der Konserervative v. Waldow-Reitzenstein als freiwilliger Regierungskommissar mit einer farblosen Gegenresolution auf, die ein geradezu rührendes Vertrauen zu der Postverwaltung athmet, deren gutem Willen sie alles anheimgeben will. Dr. Müller-Sagan begründete seinen Antrag; Staatssekretär Kraetke antwortete im Dubdeßil und spielte sich nebenher als gekränkte Reberwurft auf, der freistimmige Antragsteller replizierte kurz und scharf und wies auf die außerordentlich schlechte Besetzung des Hauses hin. Als trotz dieser Warnung der gerade antretende Vizepräsident Büsing zur Abstimmung schreiten lassen wollte, bezweifelste Genosse Ledebour die Beschlußfähigkeit. Einer Probe bedurfte es gar nicht. Herr Büsing hob also die Sitzung auf und bearaunte die nächste auf eine halbe Stunde später an, mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung.

Die zweite Sonnabend-Sitzung wurde vom Grafen Ballestrem präsidiert. Die Abstimmung über die rückständigen Titel des Postetats wurde abgesetzt und gleich der Militäretat vorgenommen. Gen. Kunert hielt eine scharfe, kräftige Rede, in der er besonders die bestialischen, teuflischen Soldatenmißhandlungen geißelte, wie sie in Mendenburg und anderswo vorgekommen sind. Graf Ballestrem fühlte sich einmal bemächtigt, unseren Redner zu unterbrechen; auf der Rechten randalirte vor anderen der Graf Noon, der sehr gut gekrüht zu haben schien.

Um 5 1/4 Uhr schloß die kurze zweite Sonnabend-Sitzung; am Montag und den folgenden Tagen wird über „unser herrliches Kriegsheer“ weiter verhandelt werden.

276. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Schr. von Thielmann, von G. Söller.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat des allgemeinen Pensionsfonds. Graf Oriola (N.): Der General von Tappelkirch, der Staatssekretär von Thielmann u. haben die Härten und Unklarheiten des Militärpensionsgesetzes zugestanden; aber das Versprechen, ein Reformgesetz über diesen Gegenstand vorzulegen, ist nicht erfüllt worden. Die Empörung über dies Verhalten greift in patriotischen, königstreuen Kreisen immer tiefer um sich. Die Regierung bekräftigt sich jetzt auf die schlechte Finanzlage; aber auch in den fetten Jahren haben wir vergebens an die Pforte des Schatzamts gepocht. Dadurch wird das Ansehen der Regierung und des Reiches geschädigt. (Beifall b. d. National-liberalen.)

Kriegsminister v. G. Söller: Das Militärpensionsgesetz ist noch nicht gekommen, weil man keine Forderungen stellen darf, wenn kein Geld da ist. Die Erwartungen, die durch die Reichstagsverhandlungen draußen im Lande erweckt werden, können nicht erfüllt werden aus Mangel an Mitteln. In dieser Session kann kein Militärpensionsgesetz mehr verabschiedet werden; es ist aber zu hoffen, daß die fortwährend eifrig gepflogenen Verhandlungen zwischen den einzelnen Ressorts über kurz oder lang ein positives Resultat zeitigen werden.

Graf Noon (N.): Es ist dringend notwendig, daß endlich den Worten Thaten folgen. Ich bin absolut außer Stande, alle die Bittschriften zu beantworten, die ich tagtäglich in dieser Sache empfangen; ich muß den Leuten erklären: ich kann doch nichts machen, wie die Kriegsverwaltung nichts machen kann. (Heiter.) Die Vorlegung eines Militärpensionsgesetzes noch in dieser Session ist eine politische Nothwendigkeit. Nöthigenfalls muß zu einer Biersteuer gegriffen werden. Ehe nicht die bescheidenen Forderungen unserer alten Offiziere und Soldaten erfüllt sind, werde ich gegen alle Luxusausgaben stimmen, z. B. gegen die Ausgabe für die Weltausstellung in St. Louis, auch gegen die militärtechnische Hochschule und gegen die vielen großen Schießplätze, in denen ich keine Erhöhung unserer Wehrkraft erblicken kann. (Beifall rechts.)

v. Kardorff (Rp.): Im Namen meines abwesenden Freundes Dr. Arendt muß ich mich den Ausführungen der Grafen Noon und Oriola anschließen. Wir dürfen niemals Ausgaben beantragen, ohne für die nöthige Deckung zu sorgen. (Abg. Schrader ruft: Reichseinkommensteuer!) Dafür wird der Bundesrath nie zu haben sein. Dagegen halte auch ich eine Biersteuer wohl für möglich.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat wird bewilligt.

Es folgt die zweite Berathung der nachträglich der Budgetkommission überwiesenen Theile des Postetats (Assistenten- und Oberassistentenbefolgungen u. s. w.). Die Kommission (Berichterstatter Dr. Paasche (N.)) beantragt, die Titel unverändert nach der Vorlage zu genehmigen unter Ablehnung des Antrags Müller-Sagan, welcher Einstellung weiterer 1000 Postassistentenstellen verlangt.

Dr. Müller-Sagan (Sp.) hat seinen Antrag im Plenum wieder eingebracht und beantragt im Falle der Ablehnung desselben eine Resolution des Inhalts, die Tagelöhner der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphenbeamten derart zu erhöhen, daß ihre Einkommenbezüge nach Ablauf einer 5jährigen Dienstzeit dem Dienstentlohn der etatsmäßig angestellten Assistenten entsprechen.

v. Waldow-Reitzenstein (N.) beantragt eine Resolution des Inhalts, die etatsmäßigen Stellen für Postassistenten zu vermehren, sobald eine zunehmende Steigerung des Verkehrs die Verwendung einer höheren Zahl festangestellter Postbeamten irgend zulasse.

Dr. Müller-Sagan (Sp.): Wir halten an unserer alten Forderung fest, daß die in Aussicht gestellten 3000 Stellen geschaffen werden müssen und können Erhöhung der Diäten nicht als einen Ersatz ansehen. Wenn sich der Staatssekretär auf die ablehnende Haltung der Ober-Postdirektionen beruft, so können wir darauf kein allzu großes Gewicht legen, da vielleicht schon in der Anfrage selbst ein Wink mit dem Zaunpfahl gelegen hat. Für den Fall der Ablehnung meines Antrages bitte ich das Haus, wenigstens meine Resolution anzunehmen.

Staatssekretär Krätke: Ich muß dagegen protestiren, daß mir andere als dienstliche Rücksichten untergeschoben werden. Wenn wir die Dienststunden vermindern, können wir allerdings noch mehr Beamte gebrauchen. Aber wir können nicht die Steuerzahler belasten, lediglich um Beamte einzustellen, (Sehr richtig!) zumal uns jetzt schon immer zugerufen wird: was macht ihr für schlechte Geschäfte! Ich bitte um Ablehnung des Antrags und der Resolution Müller-Sagan.

v. Waldow-Reitzenstein (N.) empfiehlt seine Resolution. Die Annahme des Antrags Müller-Sagan würde die Fertigstellung des Etats bis zum 1. April in Frage stellen.

Dr. Müller-Sagan: Ich halte es lieber mit einem gesunden Mißtrauen gegen die Regierung. (Heiterkeit.) Ich werde mich entschieden widersetzen, daß mein Antrag,

der in der Kommission nur mit 13 gegen 12 Stimmen fiel, bei dieser schwachen Besetzung im Plenum zur Abstimmung kommt. (Unruhe rechts u. i. Zentr.)

Vizepräsident Büsing will zur Abstimmung schreiten, als

Ledebour (Sp.) die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt. (Bewegung.)

Vizepräsident Büsing: Das Bureau schließt sich diesem Zweifel an. Wir müssen die Berathung abbrechen. Ich bearaume die nächste Sitzung an auf heute Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung. Schluß 4 Uhr.

7. März 1903.

277. Sitzung, Nachmittags 4 1/2 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. G. Söller.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, gleich mit der zweiten Berathung des Militäretats zu beginnen. Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Die Berathung beginnt bei dem Titel „Gehalt des Kriegsministers“.

Kunert (Sp.): Das Versprechen, eine militärische Kriminalstatistik vorzulegen, ist nicht oder doch nur sehr unvollständig erfüllt worden. In 2400 Fällen ist auf „strengen Arrest“ erkannt worden. Der strenge Arrest ist eine barbarische Strafe, deren Aufrechterhaltung dem Heere nicht zur Ehre gereicht. Die Zahl der angegebenen Fälle unvorschriftsmäßiger Behandlung der Untergebenen durch die Chargirten ist als lächerlich gering zu bezeichnen. Kaum der zehnte Theil der Fälle kommt an's Tageslicht; jeder der zugestandenen Fälle zerfällt, wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß, wieder in mindestens zehn Einzel-fälle. Die Zahl der Soldatenmißhandlungen ist in den letzten Jahren keineswegs zurückgegangen, wie selbst Bebel eine Zeit lang geneigt war zu glauben, sondern sie hat zugenommen. Den Soldaten, die in so bestialischer Weise malträtirt werden, muß im Militärstrafgesetzbuch das Recht des activen und passiven Widerstandes gegeben werden. (Große Unruhe und Lachen rechts.) In dem ekelhaften und geradezu widerlichen Mendenburg Fall hätte der betreffende Soldat weit menschwürdiger gehandelt, wenn er den Gehorsam verweigert hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es muß alles vermieden werden, was in unserer Armee die abscheulichen Mißhandlungen zu fördern geeignet ist. Dazu gehört der ganze veraltete Samajtsdienst, die Massenattachen der Kavallerie, der entwürdigende Burschendienst usw. Auch das mechanische Auswendiglernen der Felddienstordnung und der Daten aus der vaterländischen Geschichte gehört zu diesen veralteten Institutionen. Ebenso wird der „neue Griff“ mit seinen schwierigen Exekutionen eine Ursache zu neuen schlimmen Mißhandlungen werden. Die neuen Kriegsartikel gehen keineswegs scharf genug gegen die Mißhandlungen vor. Es müssen unbedingt in dem betreffenden Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches scharfe Strafbestimmungen dagegen eingeführt werden. In allen Truppen-theilen zu Wasser und zu Lande sind wieder die schlimmsten Barbareien und Bestialitäten vorgekommen. Die Geners-knechte des Mittelalters werden von ihren modernen Nachfolgern vielfach noch übertroffen. Das ganze Mißhandlungswesen ist das Symptom eines ungefunten Systems, das wir prinzipiell bekämpfen. Verweigerung von Gehorsam und Beleidigung von Vorgesetzten sind im Jahre 1901 über 1800 Mal vorgekommen. Welch geringe Veranlassung reicht hier aus, um einem Manne fünf Jahre Zuchthaus zu verschaffen! Angesichts so schlimmer Verhältnisse werden die Wähler es sich dem-nächst doppelt überlegen, ob sie die militärischen Parteien unterstützen wollen. Bei den Manövermännern werden alljährlich ungeheure Opfer an Menschengeundheit erfor-dert. Viele Manöver scheinen aber weniger auf den Krieg vorzubereiten, als nur spielerischen Zwecken zu dienen. Im Jahre 1898 wurde das eine Armeekorps vom Kaiser befehligt, der eine Brücke über die Weser schlagen ließ.

Präf. Graf Ballestrem: Sie dürfen hier keine militärischen Anordnungen des Kaisers kritisiren. (Bravo rechts.)

Kunert (Sp.): Ich habe kein Wort der Kritik ge-sagt.

Präf. Graf Ballestrem: Sie haben aber die Ab-sicht dazu. Sie dürfen überhaupt nicht solche Maßnahmen besprechen, das führt zu weit. (Unruhe links.)

Kunert: Ich will beweisen, daß die Manöver oft ihrem ersten Charakter nicht entsprechen.

Präf. Graf Ballestrem: Sie dürfen dabei den Kaiser nicht in die Debatte ziehen.

Kunert: Ich will es vermeiden, soweit es an-gängig ist.

Präf. Graf Ballestrem: Wenn ich es anordne, ist es gängig. (Heiterkeit.)

Kunert (fort.): Der Sache wegen werde ich mich bescheiden. Der Uebergang des zehnten Armeekorps über die Weser erfolgte auf zwei Brüden. Trotzdem die Segner Zeit hatten, den Uebergang zu erkunden, mußte der General von Mitsch der Führer des zweiten Armeekorps nichts vom Uebergange. (Unruhe rechts.) Abg. Dr. Arendt: Generalstabschef! (Heiterkeit rechts.) Alle diese Manöver haben nur den einen Zweck, neue Kanallere-forderungen vorzubereiten. (Bewegung bei den Sozialdemokraten.) Man will mehr Stellenverordnungen für die Söhne der Adligen haben. (Sehr richtig! im Zentr.) Dabei ist ein Bedürfnis nach Vermehrung der Kavallerie nicht vorhan-den. Es ist nicht zweifelhaft, daß eine Infanterie, die sich

einigermaßen wehren kann, die Kavallerie bei einem Zusammenstoß über den Haufen schießen würde. (Sehr richtig! bei den Soz.) Seit 1899 aber ist die Waffe der Infanterie noch verbessert worden durch Einführung des Kettenschießens und des rauchlosen Pulvers. Außerdem werden fortwährend neue Anläufe zur Vermehrung der Kavallerie gemacht. Der miles gloriosus spricht bei uns ein zu entscheidendes Wort. (Bravo! bei den Soz.)

Die Weiterberathung wird hierauf auf Montag 1 Uhr vertagt.

Schluss 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wo bleibt das Wahlgesetz? In parlamentarischen Kreisen spricht man, wie eine Korrespondenz meldet, seine Verwunderung darüber aus, daß das Gesetz zur Sicherung des Wahlgheimnisses dem Reichstage nicht vorgelegt wird. Vor acht Tagen noch sei mitgeteilt worden, es liege fertig im Reichsamt des Innern. Bis zu den Ferien seien nur noch wenige Wochen; zu könne es leicht kommen, daß die Novelle erst nach den Ferien einlaufe. Der Entwurf sei doch aber so kurz und geringfügig, daß eine so lange Verzögerung nur verständlich sei, wenn eben besondere, außerhalb der Regierung stehende Kreise ihren Einfluß geltend gemacht hätten und damit erfolgreich gewesen wären. Die Konservativen hätten offen ausgesprochen, daß das Gesetz ihnen nicht gefiele und sie es zu verschleppen wünschten. Man kalkülire nun so, daß man versuche, die Vorlage erst nach Ostern verhandlungsfähig zu machen. Nach Ostern aber hätten es die Konservativen und ihre Freunde in der Hand, durch Anweisung der Beschlußfähigkeit oder ähnliches die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern. — Soweit die parlamentarische Berichterstattung. Es erscheint in der That auffallend, daß die Regierung die Vorlage nicht mehr beschleunigt. Man wird vielleicht gut daran thun, den Herrn Reichskanzler nächstens zu befragen, ob ihm die Angelegenheit im Orange seiner vielen Geschäfte in Vergessenheit gerathen ist.

Die Matte im Kellerloch. Der heilige Paasche hat einen neuen Aengstselbst gemacht. Nachdem ihm schon ein halbes Duzend Wahlkreise einen Korb gegeben haben, pochte er neulich in seinem bisherigen Kreise Kreuznach an. Die Wähler haben anscheinend schon darauf gelauert, um mit ihm eine große — Abrechnung zu halten. In ganzen Wäldern ergoß sich die Fluth der Vorwürfe über den Preisfechter des Brodwüchters. Er solle in einen agrarischen Wahlkreis gehen, man habe kein Vertrauen mehr zu ihm. Man brauche Männer mit feinem Rückgrat und deshalb könne man Paasche keine Stimme nicht geben. Dies geschah, wohlgerührt, in einer nationalliberalen Parteiverammlung, wo keine Sozialdemokraten zugegen waren, und es waren keine eigenen Wähler, die Herrn Paasche dieses Unfugs von Vorwürfen überreichten. — Vielleicht haben die Junker noch ein Einsehen und schmuggeln den obdachlosen Reichstagskandidaten in einem hinterpommerschen Wahlkreis durch.

Die Biersteuere. Das Gespenst der Reichsbiersteuer rückt immer näher. In der Sitzung des eifassisch-lothringischen Landesparlamentes am 3. März erklärte auf eine Anfrage wegen Aenderung der Landesbiersteuer der Unterstaatssekretär von Schrant, daß eine Aenderung der Landesbiersteuer nicht empfehlenswert ist, weil eine Reichsbiersteuer in naher Aussicht steht. Herr Schrant hat zwar mit dieser Erklärung sein Geheimniß mitgeteilt, schon lange munkelt man davon, daß Bier und Tabak mehr „Bluten“ sollen. Wenn aber schon die Aufhebung von Reformen in den Einzelstaaten unter Hinweis auf die kommende Reichsbiersteuer erfolgt, dann muß die Verwirklichung des Planes sehr nahe gerückt sein. Deshalb heißt's auf der Hut zu sein.

Von den Prozentpatrioten. Ueber eine eigenartige Parteilinie bei Lieferungen für den Staat berichtet die „Kölnische Volksztg.“ Dem ultramontanen Matthe zufolge verhandelte Matthe des Vorjahres eine Agentur deutscher Grobblechwalzwerke in Essen angeht, einer auf den 20. Juni angelegten Verbindung der kaiserlichen Werk in Kiel von etwa 410 Tonne Beschlußplatten an acht Werke, welche zur Befestigung an dieser Auslieferung angefordert waren, ein Rundschreiben, mit dem Vorschlag, zur Vermeidung übertrieben niedriger Preisstellung sich zu verständigen betrat, daß sie einen Aufschlag von 30 Mark pro Tonne betriebsfähig. Deswegen Werk, dem die Lieferung zufalle, soll diese 30 Mark pro Tonne zur Vertheilung unter sämtliche beteiligte Werke abgeben. Unbekannt sei noch, welches Werk schließlich den Zuschlag erhalten habe. Sicher jedoch sei, daß die 12300 Mark aus den Steuererträgen herausgeholt und Werken ausbezahlt wurden, die nichts dafür leisteten. Das Blatt sagt hinzu, der Fall sei keineswegs vereinzelte da und beantrage gerade im gegenwärtigen Augenblicke angeht der Debatte in der Budgetkommission des Reichstages besonders Interesse. Wir sind derselben Meinung. Es wird wohl bei den Staatsdebatten noch näher darauf eingegangen werden.

Das nennt man Besch. In dem großen Dorfe St. im Kreise Tilsit wurde, wie das jetzt so üblich ist, ein sozialistischer Arbeiterverein gegründet, natürlich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Das große, staatschaltende Werk war vollbracht, man konnte nun an die Verwirklichung der verdammtesten Sozis herangehen. Geld wurde gesammelt, eine Fahne wurde angeschafft, und Herr von Schrant vom Pfarrer gesegnet. Doch der heilige, gläubige Herrscher erhellte bald, der Herr von Schrant wollte noch einiger Zeit nicht mehr so recht vorwärts kommen. Da, eines Tages, o Wunder, erklärte, wie unser Königsberger Patriarchen zu berichten weiß, der Fahnenträger, ein kleiner Beyer, er frage die Fahne nicht mehr, er — sei Sozialdemokrat geworden! Möge die Fahne tragen, wer wolle. Man hätte nur die heiligen Schöpfer der Götter dieses Herrn von Schrant sein sollen. Mit dem Fahnenträger traten gleichzeitig die Mitglieder aus, und der anfänglich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründete Verein verabschiedete, weil die neuen Mitglieder Sozialdemokraten geworden waren. Das ist bitter, natürlich sehr bitter für unsere „Staatschaltenden“.

Den Fall Peters wünschten die parlamentarischen Freunde des kaiserlichen Reichstages durch ein Summe-Budgetjahr an den Kaiser beizugeben zu sehen. Ur-

springlich bestand die Absicht, im Reichstage eine Interpellation über den Gang des Disziplinarverfahrens einzubringen. Davon ist man nun abgekommen und will dem Kaiser das Gesicht unterbreiten, „durch einen Gnadenakt das Disziplinarurtheil gegen Dr. Karl Peters vom Jahre 1897 huldvollst aufheben oder doch so modifizieren zu wollen, daß der aus der Verurteilung in den Augen mancher Leute herzuleitende Mangel, der Zweifel an der ehrenhaften Gesinnung des Dr. Peters endgültig beseitigt erscheint.“ Offenbar, um die Genehmigung des Gesuches zu fördern, hat, dem „Hamburger Korrespondenten“ zufolge, Dr. Peters auf das Bestimmteste erklärt, keinerlei Absichten auf eine Wiederanstellung im Reichsdienste zu haben. Er werde dauernd seinen Wohnsitz in London nehmen. Die Gründe, die den Petersfreunden eine nochmalige Behandlung des Falles im Parlament als nicht gerathen erscheinen lassen, liegen auf der Hand. Man möchte den Fall des Afrkaners der öffentlichen Diskussion entziehen. Daß das nicht gelingen wird, können wir den Herren schriftlich geben. Im Uebrigen ist eine Begnadigung keine Rehabilitation. Sie kann die erkannten Strafen erlassen oder mildern, aber nicht die durch das Urtheil festgestellten Strafgründe aus der Welt schaffen. Zudem wird der Fall Peters auch nochmals gerichtlich ausgerollt werden. Die Staatsanwaltschaft in Hannover leitete nämlich auf Antrag des Leutnants a. D. Bronsart von Schellendorf ein Verfahren gegen Dr. Peters wegen dessen Tadelbrief-Anschuldigung ein. Der Staatsanwalt erachtete ein öffentliches Interesse für vorliegend. Die Hauptverhandlung findet im April vor der Strafkammer in Hannover statt. Die Zeugenvernehmungen haben bereits begonnen.

Eine Wahlklage. Im Wahlkreis Lippe-Deimold stehen sich als Kandidaten für die Reichstagswahl der jetzige freisinnige Abgeordnete des Kreises Meier-Jobst und der Begründer der Bippeschen liberalen Volkspartei Dr. Adolf Neumann. Hofer gegenüber. Jetzt theilt Dr. Neumann Hofer in der von ihm herausgegebenen „Opp. Landesztg.“ mit, daß er gegen seinen Gegenkandidaten Meier-Jobst die Verleumdungsklage angestrengt habe. Meier-Jobst hat in einer Versammlung erzählt, Dr. Neumann habe nach einer harmlosen Unterhaltung mit ihm dem Staatsminister Gebelot mitgeteilt, daß Meier-Jobst über ihn, den Minister, geschimpft habe. Eine derartige Mittheilung will Dr. Neumann dem Minister nicht gemacht haben und beruft sich dafür auf das Zeugniß des Ministers selbst.

Ein „Deutscher Kolonialbund“ hat sich in Berlin gebildet, der sich an alle die Kreise des deutschen Volkes wendet, die mitwirken wollen, die lange vernachlässigten und mißverstandenen wirtschaftlichen Interessen unserer Kolonien zu fördern. Vorsitzender ist Hauptmann a. D. W. Werther, Schriftführer Ingenieur A. Herfurth. In dem Aufruf heißt es:

Nach der Ueberzeugung der dem Deutschen Kolonialbunde angehörenden und nahestehenden kolonialen Sachkenner hat die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Kolonien allmählich einen Verlauf genommen, welcher für die Folgebedeutlich zu werden droht. Auch können den unbemerktesten Beobachter keine optimistisch gefärbten Versicherungen mehr darüber hinwegtäuschen, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes und vor Allem in denen der praktischen Kolonialkenner und Wirtschaftspolitiker seit langer Zeit eine steigende Mißstimmung über unsere Kolonialwirtschaft vorhanden ist. Wir lauten Gefahr, diejenige Stadt behalten zu sehen, welche von Anfang an als prinzipielle Kolonialgegner und Kolonialpessimisten bekannt haben, und der Lag scheint nahe zu sein, an dem unser großer und reicher Kolonialbesitz in Folge verfehlter Organisation und der Theilnahmlosigkeit des deutschen Volkes wie der durch koloniale Mißerfolge abgeseherten Kapitalistenkreise uns nur noch eine Last sein wird, welche reich und billig abzuschießen vorthelhafter erscheinen muß, als sie noch länger und tothenschwer zu tragen. Die Gründe für die Mißstimmung über unsere Kolonialwirtschaftspolitik sind für die vergebens hinweggeleitete Kolonialmüdigkeit liegen aber darin, daß das angewandte System bisher fast jeden wirtschaftlichen Erfolg hat vernichten lassen und daß es auch für die Zukunft zu wenig Hoffnung berechtigt. Der Bürokratismus in seinen verchiedenen Formen hat bisher mehr oder minder unsere Kolonien beherrscht und hat sich auch in die koloniale Bewegung des deutschen Volkes hineingedrängt. Unproduktives Kolonialschwärmertum und unwissende Eitelkeit haben sich allmählich breit gemacht und haben unsere Kolonialbewegung in den Summ geführt, in dem sie zur Zeit zu verkommen droht. Der Deutsche Kolonialbund hofft durch seine Bestrebungen zur Abstellung dieser Uebelstände und zur Reorganisation unserer Kolonialwirtschaft beitragen zu können, um unsere Schutzgebiete ihrer wirtschaftlichen Reife unter mäßigender Rückwirkung auf das Heimathland entgegenzuführen.

Abgesehen von dem geradezu vernichtenden Urtheil, das hier selbst Kolonialschwärmer über die bisherige deutsche Kolonialpolitik fällen, fragt es sich nur, ob die Kolonien überhaupt, selbst wenn die bestmöglichen Verhältnisse geschaffen werden, sonderliche wirtschaftliche Erfolge erwarten lassen. An den Sandwüsten, Sumpfländern und Fieberhöhen, die Deutschland in der Hauptsache als Kolonien besitzt, ist Hopfen und Malz verloren.

Das Traktatssystem hat die ausländischen Arbeiter des Kalkwerkes in Stendal bei Jena zu einer kleinen Revolte veranlaßt. Auf dem Werk werden etwa 60 galizische Arbeiter beschäftigt, die ein galizischer Unternehmer „geleitet“ hat. Ueber die Lieferung hat der Besitzer des Kalkwerkes, Dr. Frenzel, mit dem Unternehmer einen besonderen Vertrag abgeschlossen. Die Arbeiter erhielten, wenn sie sich für eine bestimmte Zeit zur Arbeit verpflichteten, freie Hin- und Rückfahrt; ein Theil des Lohnes wird in Naturalien (Beförderung usw.) bezahlt, so daß den Männern angeblich ein Tagelohn von 1,50 Mk, den Frauen von 60 Pf. verbleibt. Die Leute erhalten aber in den ersten beiden Monaten überhaupt keinen Lohn, da ihnen die Reichelosten wieder abgezogen und auch sonstige Lohnabzehrungen für event. Kontrollirung usw. gemacht werden. Außerdem wimmelt es in der Arbeitsordnung von Strafbestimmungen. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, wenn die Arbeiter ihrer Unzufriedenheit Ausdruck gaben, indem 30 am Montag die Arbeit niederlegten. Da auch Drohungen vorgekommen sein sollten, rief der Besitzer durch Vermittelung des Bezirksrichters in Apolda die Hilfe der Gendarmen und der Jenaer Polizei an. Diese hatte aber keinen Grund zum Eingreifen. Es ist deshalb eine

maßlose Uebertreibung, wenn ein Berliner Sensationsblatt berichtet, daß es erst nach Ueberwindung heftigsten Widerstandes gelang, „etwa 30 der Rebellen zu überwältigen und zu fesseln; sie wurden nach Jena gebracht.“ Thatsächlich sind nur zwei Arbeiter verhaftet worden; der eine von den Kalkwerkbesitzer mit gefährlichen Werkzeugen bedroht haben, dem anderen wird ein Diebstahl zur Last gelegt. Von den Ausständigen haben 5 die Arbeit wieder aufgenommen, 23, darunter 2 Frauen, wurden entlassen und machten sich auf, um anderweit Arbeit zu finden. Nach Alledem scheinen die Zustände auf dem Werke der staatlichen Kontrolle dringend zu bedürfen, insbesondere daraufhin, ob die dort geltenden Verträge mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung im Einklang stehen.

Die Korum-Affäre ist, wie, einer römischen Melbung der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, der Kurie nahesteht, keine verurtheilt, erledigt, freilich in der Weise, die den Kaiser wäscht, aber nicht naß macht. Formell wird Korum für sein Vorgehen im Exterer Schulstreit gelinde von der Kurie getabelt, in der Sache aber dafür gesorgt, daß „seinen gerechten Beschwerden“ abgeholfen wird.

Wegen Verleumdung des Prinzen Joachim jüngsten Sohnes des Kaiserpaars (3 wöl f Jahre alt) war ein Kaiserbesitzer von der Strafkammer in Elbing zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Nach ein Gnadengesuch ist das Urtheil nunmehr in sechs Wochen Festungshaft umgewandelt worden. Auch diese Strafe ist noch hart genug, zumal es sich um die Verleumdung eines — Schulknaben handelt.

Wegen militärischen Aufruhrs unter Ausübung von Gewaltthätigkeiten gegen Vorgesetzte waren jüngst, wie wir gemeldet haben, die Pionire Hentel und Galland vor Kriegsgericht in Thorn zu 6 bez. 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Ihr ganzes Verbrechen hatte darin bestanden, daß sie auf zwei Musketeiere einer Patrouille mit blankem Seitengewehr eingeschlagen hatten, um die Abführung eines verhafteten Kameraden zu verhindern. Das Oberkriegsgericht des 17. Armeekorps, das sich als Berufungsinstanz mit dem drakonischen Urtheil zu befassen hatte, nahm thätliches Vergreifen an Vorgesetzten an, hob deshalb das Urtheil des Kriegsgerichts auf und verurtheilte Hentel zu 3 1/2, Galland zu 2 1/2 Jahren Gefängniß.

Dänemark.

Die Regierung gegen die Arbeiternebelung. In mehreren Städten Dänemarks versuchen die Unternehmer durch Errichtung einer sogenannten Hafenzunft die organisirten Hafenarbeiter von der Arbeit auszuschließen oder zu Austritt aus ihrer Organisation zu zwingen. Auch in Nafstov auf der Insel Saaland war eine solche Hafenzunft gegründet worden, deren Regulativ im Stadtrath angenommen wurde. Der Nafstover Stadtrath begehrt dann von der Regierung die Bestätigung dieses Regulativs. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat aber darauf erklärt, daß es keinen Grund habe, das Regulativ zu bestätigen, er bemerkte im übrigen, es müsse für sehr zweifelhaft angesehen werden, inwiefern es gesetzlich zulässig sei, die Arbeiter in Nafstover Hafen zu Gunsten der Kunstmitglieder zu monopolisiren, wie es das Regulativ fordere. Als „Sollan-Falters Sozialdemokrat“ die telegraphische Mittheilung über die Stellungnahme des Ministeriums erhielt, wurden sofort Laufzettel herausgegeben, um die Bevölkerung und namentlich die Hafenarbeiter in Kenntniß zu setzen. Allgemeine wurde es mit großer Genugthuung aufgenommen, daß das Ministerium sich nicht zum Mitschuldigen an dem Verbrechen gegen die Koalitionsfreiheit der Hafenarbeiter machen wollte.

Oesterreich-Ungarn.

Die Freizügigkeit der galizischen Bauern. D ungeheure Noth treibt alljährlich zehntausende Bauern aus Galizien. Aber die galizischen Schlagschützen lassen ihre Arbeitsthüre nicht so leicht weg. Wie der „Naprzod“, ein Krakauer Parteiorgan mittheilt, machen jetzt die galizischen Behörden alle Anstrengungen, um die Bauern an der Auswanderung zu verhindern. Auf dem Krakauer Bahnhalt halten Polizeienten die Bauern an, die sie für Auswanderer ansehen und führen sie unter dem Vorwande, daß sie noch nicht militärfrei sind, in die Gefängnisse ab. Dergleichen geschieht auch in Opatow und Obergberg. Der Bezirkshauptmann von Brzezany hat ein anderes Mittel. Er verbietet den Bauern das Auswandern bei der Versammlung der Gemeindevorsteher, die am 18. Februar abgehalten wurde, erklärte der Sekretär der Bezirkshauptmannschaft in seinem Namen, daß die Auswanderung nach Preußen verboten sei und daß er den Auswanderern keine Pässe ausstellen werde. Noch ärger treibt es der Bezirkshauptmann Sanikiewicz in Przemysl, der von einem Bauern Michael Szorny in Barzov verlangte, daß er sich mit einer Waarschaft von 2000 Kronen ausweise, wenn er auswandern wolle, und daß er außerdem vorher um die Entlassung aus dem österreichischen Staatsverband anfrage. Ähnlich geht man auch in anderen Bezirken vor. Ueberall ist der Grund der, daß man die Schlagschützen die billigen Arbeiter erhalten will.

Schweiz.

Bertoni begnadigt. Die Begnadigungskommission des Großrathes beschloß Sonnabend, wie man der „Frankfurterztg.“ aus Genf drachtet, die Begnadigung des im Generalkriegsprozesse auf einem Jahre verurtheilten Anarchisten Bertoni, der hierauf sofort nach viermonatiger Haft in Freiheit gesetzt wurde.

Holland.

Die holländische Arbeiterschaft setzt ihre Vorbereitungen für den Kampf um das Koalitionsrecht energisch fort. Wenn es auch vielleicht nicht zum Generalstreik kommen dürfte, vor dessen unheilvollen Folgen auch ein Theil der Arbeiter zurückschreckt, so muß doch in der Wahrscheinlichkeit einer ganzen Reihe von Ausständbewegungen in zahlreichen Gewerben gerechnet werden. In Harlem und in anderen Städten haben Arbeiterversammlungen bereits in diesem Sinne beschloffen; nach neueren Meldungen erklärten sich in Utrecht die Maurer und Handlanger bereit, im Nothfalle in den Ausstand zu treten. Ebenfalls beschloß eine Versammlung von Eisenbahnarbeitern in Amsterdamb, eventuell in den Streik zu treten. Eine in Amsterdam zirkulirende Petition an die Zweite Kammer die Streikgesetze zu verwerfen, fand sofort Tausende von Unterschriften. Eine weitere Massenpetition an die Regierung ist geplant.

Vereinigte Staaten.

Der Sensationspresse will man im Staate Minnesota eine Kuebel anlegen. Im dortigen Landtag ist ein Gesetz eingebracht worden, das die Veröffentlichung aller grausigen Einzelheiten bei Mordthaten und anderen Verbrechen verbietet. Es schreibt vor, daß nur die Thatfache, und zwar nur einmal und ohne sensationelle Spitzmarke veröffentlicht werden darf. Die bloße Wiedererwähnung solcher Fälle wird mit einer Strafe von 400 Mt. geahndet.

Lübeck und Nachbargebiete

Montag, den 9. März 1903.

Als ein verhältnismäßig stilles Jahr kann das verfloffene Jahr für die hiesigen Gewerkschaften bezeichnet werden. Die Hauptursache lag in der sich in fast allen Bezirken bemerkbar machenden wirthschaftlichen Depression. Umso mehr muß es da mit Freuden begrüßt werden, daß die Mitgliederzahl der hiesigen Zahlstellen im verfloffenen Jahre nicht abnahm, sondern noch um ein Geringses zugenommen hat. Während am Schlusse des Jahres 1901 6158 Mitglieder den Gewerkschaften angehörten, betrug diese Zahl am Schlusse des verfloffenen Jahres 6254. Eine erhebliche Abnahme ist nur bei den Fabrikarbeitern zu verzeichnen, die etwa 100 Mitglieder verloren haben. Ein neuer Mitkampfer ist nun in einer im Berichtsjahre gegründeten Zahlstelle des Verbandes der Maschinisten und Geizer entstanden, die am Schlusse des Jahres 36 Mitglieder aufwies. — Die Arbeitslosigkeit nahm im Berichtsjahre einen erheblichen Umfang an, wie u. A. auch aus der Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise hervorgeht. Betrug doch die Zahl der bei den verschiedenen Arbeitsnachweisen — mit Ausnahme des Maßregelungsbureaus in der Fischergrube, das die Mittelteilung der Staatsämter ohne Angabe von Gründen abgelehnt hat — als Arbeitsuchende eingeschriebenen Personen im verfloffenen Jahre 7109, gegen 5897 im vorhergehenden Jahre. Bergegenwärtigt man sich, daß von diesen 7109 Arbeituchenden nur 2485 Arbeit erhielten, so kann man sich ein ungefähres Bild machen von dem Umfang der Arbeitslosigkeit. Die Hälfte sah sich auch das Gewerkschaftskartell, wie wir Jahresbericht desselben entnehmen, veranlaßt, zum 14. Februar v. J. Nachmittags eine Arbeitslosen-Versammlung einzuberufen. Diese, von etwa 1000 Arbeitslosen besucht, nahm nach einem Referat des Genossenschaftsleiters eine Resolution an, in welcher Senat und Bürgerchaft aufgefordert wurden, schleunigst Nothstandsarbeiten in Angriff nehmen zu lassen. Die auf diese Resolution ertheilte Antwort des jetzigen Bürgermeisters Dr. Klug, die in den Worten: „Ein besonderer Nothstand besteht nicht!“ gipfelte, ist wohl noch in aller Erinnerung. Mit Recht wird deshalb auch im Jahresbericht die Mahnung an die organisierten Arbeiter gerichtet, „daß für sie sorgen, daß bei den nächsten Wahlen auch einige tüchtige Männer aus der Werkstatt“ in das Lübecker Stadtparlament gelangen. — Wie prompt unsere Lübecker Regierung arbeitet, dafür liefert der angeführte Jahresbericht gleichfalls ein treffendes Beispiel. Nach einem Vortrage des Genossenschaftsleiters sprach sich das Kartell bereits vor mehreren Monaten für die Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage aus. Die Kartellkommission reichte ein diesbezügliches Gesuch beim Senat ein, dieser aber hat bis jetzt keine Antwort ertheilt. — Das Kartell hat im Berichtsjahre einen Negitationsabend und zwei Projektionsvorträge arrangirt; der Besuch der letzteren war ein guter. — An Unterstützungen für Arbeitslose, Gemäßregelungen und Reisen wurden von den Gewerkschaften insgesamt 15 987,53 Mark gezahlt, eine verhältnismäßig hohe Summe, die beweist, daß die Gewerkschaften keine Streikvereine, sondern praktisch arbeitende Institutionen sind. — Das verfloffene Jahr war für die Arbeiterchaft Lübecks kein günstiges; hoffentlich gestaltet sich das laufende Jahr zu einem besseren!

Mit der ihm angeborenen Unverfrorenheit behauptet Herr Heise in seinem Organ, daß die sozialdemokratischen Führer in der öffentlichen Wählerversammlung der freisinnigen Volkspartei, welche am Freitag Abend stattfand, einen alten Herrn vorgeführt hätten. Demgegenüber sei bemerkt, daß unsere sog. „Führer“ gar keine Veranlassung hatten, irgend Jemand in jener Versammlung vorzuführen. Ein solches Vorgehen unsererseits hieße denn doch den „öffentlichen“ Wählerversammlungen der freisinnigen Volkspartei zu viel Ehre anthun. Uebrigens sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß wir gegnerische Versammlungen nur dann besuchen, wenn in der Versammlungs-Einladung volle Redefreiheit zugesichert wird. Die Sozialdemokraten haben im anderen Falle keine Ursache, diese Versammlungen zu besuchen; denn nur sie sind es, welche in der Mehrzahl der Fälle derartige Versammlungen füllen und sie zu für die Gegner interessant gestalten. Zum Beweise hierfür berufen wir uns auf die oben angeführte freisinnige Versammlung. Etwa 100 Personen waren in dieser öffentlichen Versammlung anwesend; hierunter befand sich zweifellos eine nicht geringe Anzahl Sozialdemokraten, die aus Neugier jene Versammlung besuchten. Würden auch diese fortgeblieben sein, dann wäre die öffentliche Versammlung im Höchstfalle von 60 Personen besucht gewesen und hätte als Beispiel dafür dienen können, welche „Zugkraft“ die freisinnige Volkspartei in Lübeck besitzt. Eine derartige Versammlung hätte den thatsächlich schon vorhandenen Vorkurs der freisinnigen Volkspartei öffentlich besiegelt. Die Freisinnigen haben also nicht die geringste Veranlassung, auf den Verlauf ihrer öffentlichen Versammlung stolz zu sein; der Herr Heise's Kopf entleerungene „glänzende“ Verlauf erscheint unter den oben angeführten Umständen denn doch in einem etwas sonderbaren Lichte. Der Freisinn hat eben in Lübeck vollständig abgewirrhelt und wird dieses, falls man ihn nicht aus Gnade und Barmherzigkeit seitens der übrigen bürgerlichen Parteien mitnimmt, bei der Reichstagswahl bestätigt finden.

Zugung von Arbeitern nach der Herrn Bohrmann in Lübeck gehörenden Safffabrik in Sternberg i. M. ist streng fernzuhalten, da S. wegen einer geringen Mehrforderung 60 Arbeiter ausgesperrt hat. Kein Arbeiter darf seinen Arbeitsbrüdern in Sternberg in den Rücken fallen!

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
- 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
- 3) Militär-Papier.
- 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.)

Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):

- 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
 - 6) Innungsmittelschein.
- Ist der Antragsteller verheirathet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heirathsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtschein der Ehefrau.
 - 8) Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 6, Werktags in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Parteigenossen, erwerbt das Bürgerrecht!

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im verfloffenen Monat gemeldet: Diphtheritis 38 (darunter 2 Todesfälle), Granulose 1, Masern 14, Scharlach 29 und Typhus 4 Fälle (davon verlor 1 tödtlich.)

Die Rettungsbelle am Bande ist dem Lübeckischen Staatsangehörigen, vierten Offizier des Loggdampfers „Rhein“, Leo Lindes in Bremerhaven verliehen worden.

Die diesjährige Lösung für den Aushebungsbezirk Lübeck wird stattfinden: am Sonnabend, den 14. März 1903, 9 Uhr morgens, in Lübeck auf dem Pockenhofe (Vorstadt St. Gertrud). Die im Jahre 1883 geborenen Militärgenossen, welche bei der dem Lösungssakte vorhergehenden Musterung für den Aushebungsbezirk Lübeck anwesend oder mit Genehmigung der Ersatz-Kommission abwesend waren, oder laut glaubhafter Bescheinigungen als krank zurückgelassen sind, haben unter sich zu lösen, um die Reihenfolge festzustellen, in welcher sie zum Militärdienst herangezogen werden. Von der Lösung sind ausgeschlossen: 1) die zum einjährigen freiwilligen Dienst Berechtigten, 2) die von den Truppen-(Marine-)theilen angenommenen Freiwilligen (einschließlich Fortlehrlinge), 3) die vorweg Einzustellenden, 4) die dauernd Unwürdigen, 5) die Militärpflichtigen der weiblichen und halbsheimännlichen Bevölkerung. Jeder der zur Lösung berechtigten Militärgenossen wird nach der Reihenfolge der alphabetischen Liste, und zwar einer nach dem andern, vorgerufen, um eine Nummer aus dem Gefäße zu ziehen, in welches eine, der Anzahl der zur Lösung berechtigten Militärgenossen entsprechende Anzahl von Losnummern vorher eingezählt ist. Ist der aufgerufene Militärgenosse abwesend, so zieht ein Zivil-Mitglied der Ersatzkommission für ihn das Los. Die Lösungsscheine werden den Gemusterten am Montag, den 16. März 1903, 11 (11½) Uhr morgens (siehe Stellungsbehl), auf dem Pockenhofe (Vorst. St. Gertrud) eingehändigt.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: die Firma Simonsbrot-Fabrik Lübeck von Paul Schetelig in Lübeck. Inhaber: A. G. Schetelig, Kaufmann in Lübeck; bei der Firma M. Schwende, H. C. Engel Nachf. in Lübeck: Die Firma ist erloschen; bei der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma Bauernseind u. Klempau in Lübeck: Die Firma ist erloschen; die Firma Friedrich Bauernseind in Lübeck. Inhaber: F. J. A. Bauernseind, Kaufmann in Lübeck; die Firma Johannes Klempau in Lübeck. Inhaber: J. J. G. Klempau, Kaufmann, Lübeck.

Die Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter Sachsenburgs und Umgegend sind wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommissionen.

Cutin. Zur Anzeige gelangten im verfloffenen Monat im Fürstenthum 33 Erkrankungen an Scharlach, 2 an Masern, 17 an Keuchhusten, 3 an Typhus und 9 an Diphtheritis. Hiervon entfallen auf Cutin 5 Fälle an Scharlach und 3 an Diphtherie, auf Schwartau-Mensfeld 17 an Scharlach und auf Stodsdorf 2 Fälle an Keuchhusten. Scharlach, Keuchhusten und Diphtheritis treten demnach im verfloffenen Monat häufig auf. Wegen Erkrankung an Diphtheritis im Hause des Lehrers mußte die Schule in Jarnetau, wegen Scharlach die Schulen in Henefeld, Groß- und Klein-Parin geschlossen werden. Scharlach trat besonders häufig in Schwartau-Mensfeld und Umgegend auf. Todesfälle wurden nicht gemeldet.

r. Cutin. Eine freisinnige Wähler-Versammlung fand am Sonnabend Abend hier selbst statt. Reichstags-Abgeordneter Bargmann erstattete Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit. Ihm trat der nationalsoziale Tischendörfer entgegen. Die Versammlung war besucht von 100 Freisinnigen, 80 bis 100 Sozialdemokraten und 50 bis 60 Nationalsozialen. Odesloe. Fortgesetzter Betrügereien zum Nachtheil der Lübeck-Wüchener Eisenbahngesellschaft soll sich ein Schättereibesitzer und Händler aus Odesloe schuldig gemacht haben, weshalb er in Untersuchung gezogen und vor das Altonaer Landgericht verwiesen worden ist. Er soll Jahre lang auf ungültige Billets auf der Strecke Hamburg-Lübeck gefahren und dadurch die genannte Gesellschaft erheblich geschädigt haben. Als er schließlich in den Verdacht der Betrügerei kam und extra residirt wurde, führte er noch ein Billet aus dem Jahre 1901 bei sich.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der Streit der Gärtner und Baumgulenarbeiter in Kellingen bei Binneberg ist Sonnabend zu Gunsten der Arbeiter beendet worden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Wegen Diebstahl von 832 Mt., welche er seinen Kollegen und Vorgesetzten entwendete, erhielt in Kiel der Feuerwerksmaat Finke 3 Jahre 5 Monat Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust und Entfernung aus der Marine. Daß der Angeklagte Unteroffizier geworden ist, ist nur deshalb möglich gewesen, daß er bei der Marine als im Jahre 1875 geboren verzeichnet steht. Wäre angegeben, daß er statt dessen, wie es wirklich der Fall ist, im Jahre 1871 geboren wurde, dann wäre auch herausgekommen, daß er im Jahre 1888 wegen Diebstahls mit drei Monaten Gefängnis vorbestraft ist. — In dem Schafstall des Neustrelitz benachbarten Rabinetsguts Weisbin brach Feuer aus, wodurch 54 Schafe, 40 Fuder Stroh und 60 Fuder Heu vernichtet wurden. Es wird böswillige Brandstiftung vermutet. — In der Nacht auf Freitag wurde in Bremen in einem Geschäftslokale ein Einbruch verübt, der Einbrecher jedoch bei seiner Arbeit von einem Schutzmänn übertrahft. Als der Einbrecher des Schutzmannes ansichtig wurde, feuerte er aus einem geladenen Revolver, den er bei sich führte, drei Schüsse auf den Beamten ab, von denen zwei fehlgingen, der dritte indes den Schutzmänn in die Brust traf. Der Schutzmänn, der sich selbst zur Wache begeben konnte,

scheint ernstliche Verletzungen nicht erlitten zu haben. Der Einbrecher kam davon.

Hamburg. Ursache und Wirkung. Das statistische Bureau der Steuerdeputation hat eine Uebersicht über die Geburten, Beschließungen und Sterbefälle in Hamburg während des Jahres 1902 herausgegeben, nach welcher die Beschließungen seit 39 Jahren den niedrigsten Stand erreicht haben; daß dementsprechend auch die Zahl der Kinder zurückgeht, ist bereits seit 1896 beobachtet worden. Es wurden 224 Kinder weniger als im Vorjahre geboren, dafür aber 77 mehr u. e. l. e. als in derselben Zeit 1901. Daraus ergibt sich, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse in Hamburg, namentlich für die unteren Klassen recht unbefriedigend waren. Die Sterblichkeit erreichte im Berichtsjahre einen bisher noch nie beobachteten niedrigen Stand; dies günstige Verhältniß ist auf die geringe Säuglingssterblichkeit während der kühlen Sommermonate zurückzuführen. Unter allen Todesursachen steht wieder die Lungenschwindsucht obenan. So ist es! Von der wirthschaftlichen Depression, die durch die anarchische Produktion in der bürgerlichen Gesellschaft herbeigeführt wurde, haben die Unschuldigen, nämlich die „unteren Klassen“, am meisten zu leiden. Daher sind sie auch nicht zufrieden, ist das vielleicht ein Wunder?

Hamburg. Bestverdächtig. Auf dem Dampfer „Westphalia“, der Hamburg-Amerika-Linie gehörig, welcher am 4. d. Mts., von dem La Plata kommend, hier eintraf, hat man am Sonnabend in der Ladung, Futtermittel, todtet Matten gefunden, die dem Bakteriologischen Institut übergeben wurden. Die Matten sollen an Pest verendet sein. Das Kössen der Ladung wurde sofort gestoppt und der Dampfer unter Quarantäne gelegt. Man verholte das Schiff nach dem Ruhrwärdhafen, woselbst die Ladung desinfizirt wird. Der Dampfer ist für den Verkehr vollständig abgesperrt worden. — Auch der Bremer Hanfadamper „Hochheimer“, welcher von Kalfutta kommend, Sonnabend Morgen 7 Uhr auf der Rheide von Kurhaven eintraf, wurde dort sofort in Quarantäne gelegt, da Erkrankungen auf dem Dampfer vorgekommen sind. Sobald der Dampfer nach hier kommt, soll er an den Bähnen festgelegt werden. Dieser Dampfer ist bis auf Weiteres von dem Verkehr abgesperrt worden.

Kiel. Ein ungewöhnlicher Fall beschäftigte Donnerstag das Kriegsgericht der ersten Marine-Inspektion. Der Sohn eines Majors und Bataillonskommandeurs, der Signalist Kriger der Signalkompanie der ersten Matrosendivision, der in Galizien geboren ist und zuletzt in Berlin gewohnt hat, war angeklagt, als Mitglied der Wache in Friedriehsort seinen Posten verlassen und einen Einbruchsdiebstahl in der Kasernenkantine ausgeführt zu haben; Kriger war beim Militär auf schlechte Wege gerathen, und die Mutter hatte den Kompagniechef, Kapitänleutnant Scheunemann, gebeten, sich ihres Sohnes anzunehmen. Der Offizier ermahnte K. wiederholt, sich zu bessern und sich brav zu führen. Anfangs wirkten die Ermahnungen, aber bald trieb K. es toller denn je. In der Nacht des 24. zum 25. Januar verließ er, da ihm Geld fehlte, heimlich die Wache, brückte unter Anwendung von Kist eine Scheibe der Kantine ein, trotz durch die Öffnung und stahl Zigaretten und Lebensmittel, erbrach die Kasse, ohne bares Geld zu finden, und kam unbemerkt ins Freie. Der Wachhabende hatte inzwischen festgestellt, daß K. von der Wache entwichen sei. Als er zurückkehrte, zeigte seine Wache einen dreieckigen Riß und der Ringfinger eine Verletzung. Als am Morgen der Diebstahl entdeckt wurde, lenkte sich naturgemäß der Verdacht auf Kriger, der schließlich ein Geständniß vor dem Untersuchungsrichter ablegte, es aber später widerrief und auch heute bestimmt die That leugnete. Angesichts des erdrückenden Beweismaterials gelangte das Kriegsgericht zu einem Schuldig und erkannte wegen schweren Diebstahls auf 6 Monate 14 Tage Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Schleswig. Ein netter Kollege. In der letzten Sitzung der städtischen Kollegien rief der Stadtverordnete Petersen dem durch sein muthiges Auftreten bekannten 30-jährigen Stadtverordneten Hamfeld zu: „Ich werfe Sie zum Fenster hinaus!“ — Der alte Hamfeld hat mit seiner Kritik der kommunalen Zustände Schleswigs jene Herren ansehend aus dem Häuschen gebracht. Das beweist, daß diese Herren kein gutes Gewissen haben!

Bremen. Bestrafter Soldatensinder. Zu 6 Wochen Arrest wurde vom Kriegsgericht der Unteroffizier von der 7. Kompagnie des hiesigen Regiments verurtheilt, der, wie wir i. Zt. nach unserem Bremer Parteiorgan mittheilten, einen Soldaten mit dem Seitengewehr in die Seite stach. Der Unteroffizier hatte auch noch andere Soldaten mißhandelt. Beantragt waren mehrere Monate Arrest.

Letzte Nachrichten.

Bamberg. Wegen Todtschlags verurtheilt das hiesige Schwurgericht den Knecht A. Müller von Wunsiedel zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. M. hatte seinen Dienstherrn, der ihn mit Wasser überschüttet hatte, weil er nicht aufgestanden war, mit einer Mistgabel erschlagen.

München. Im Giftmordprozeß gegen die Stiftsvorsteherin v. Heusler bejahten die Geschworenen die auf Körperverletzung durch Verbringung von Gift lautende Frage, worauf der Gerichtshof die Angeklagte zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilte. — Ein Unfall ereignete sich Sonnabend bei einer „Lohengrin“-Aufführung im Hoftheater. Infolge Bruches eines Luftzuges stürzten 4 Pferde durch eine Fallthür 8 Meter tief ab, darunter das berühmte Pferd „Grane“. Die Thiere waren sofort todt, der mitabgestürzte Pferdewärter ist aber wunderbarer Weise nur leicht verletzt.

Mülheim (Rhein). Ein Diebstahl und seine Folgen. Jüngst war auf dem hiesigen Postamt ein Postbeutel mit 1000 Fünfmarskücken gestohlen worden. Auf Veranlassung der Oberpostdirektion hat am Freitag bei einem der That verdächtigen Postunterbeamten eine Sausuchung stattgefunden mit dem Ergebnis, daß 3000 Mark von dem gestohlenen Gelde unter Britetts vorgefunden wurden. Als der ungetreue Beamte sich entlatzt sah, durchschnitt er sich im Weisem der Kriminalbeamten die Kehle und war sofort todt.

Lübecker Marktwerte vom 7. März.

Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mt., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mt., Gajen Eid. — Mt., Enten Eid 3,25 Mt., Gähner Eid 2,00 Mt., Käsen Eid. — Mt., Lauben Eid. 0,60 Mt., Gänse Pfd. — Pf., Schlagen 3,25 Mt., Schweinstück Pfd. 0,50 Mt., Schinken Pfd. 0,85 Mt., Buch Pfd. 1,20 Mt., Eier 10 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Rarpen Pfd. 1. — Mt., Karanzen Pfd. 80 Pfg., Geste Pfd. 60 Pfg., Barische Pfd. 60 Pfg., Mal Pfd. 0,90 Mt.

Durch die glückliche Geburt eines gesunden Knaben wurden hoch erfreut
Georg Stark und Frau Elisabeth,
 Lübeck, den 8. März 1903 geb. Koch.

Ein febl. möbl. Zimmer nach vorne
 Meierstraße 7 b, I.

Für die mir zu Theil gewordene Unterstützung vom Metallarbeiter Verband sage ich meinen innigsten Dank.

H. Reuthien.

Zu verm. eine möblierte Stube
 2,50 Mk pro Woche mit Paffe
 Fleischhauerstraße 8, pt.

2 möbl. Zimmer (Wohn- u. Schlafz.)
 sind billig zu vermieten, sep. Eingang
 Ludwigstraße 33, part.

Zum 1. April eine Wohnung
 zu verm., 3 Zimmer, Küche, Keller, Stall und Gartenland. Näheres Koch, Stodolsdorf.

Zum 1. April 2 Wohnungen zu vermieten
 Chajoststraße 21.

Ein Dienstmädchen gesucht
 Mühlenstraße 51.

Gesucht Mk. 2000

sichere Hypothek.
 Angeb u. L an die Exped. d. Bl.

Gesucht tücht. Schuhmachergesellen
J. Kalkhorst, Schuhmacher,
 Warenborststraße 20.

Zu kaufen gesucht eine gut erhaltene gebrauchte Möbelbank.
 Off u. K R an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen ein kleines Sopha
 neu, 25 Mk Lindenstraße 62, I

Billig zu verkaufen wegen Aufgabe der Zucht Kanarienvögelchen mit Geflügel.
 Ritterstraße 6, I, Holtenhor

1 kleiner Padentisch mit Aufsatz
 zu verkaufen Segener 4.

Für Brautleute passend: 2 hochfeine Wuschelbetten, 1 1/2 schl., mit Matratze, 45 Mk.
 Schmiedestraße 2, II.

Zu verkaufen ein selbstspielendes Polypphon mit 18 Platten für 50 Mk., geliebt 200 Mk.
 Näheres in der Exped. d. Bl.

Ein 100jähriger Thaler mit Bildnis Friedrich Wilhelm III., König von Preußen, zu verkaufen
 Krähenstraße 11.

Ein guterhaltener Kinderwagen
 mit Bered zu verkaufen
 Handstraße 79, I.

Ein Gebauer mit Ritzkästchen und einige Kanarienvögelchen sehr billig zu verkaufen
 Schwartauer Allee 129.

Ein Padentisch mit Schublade
 zu verkaufen Schwartauer Allee 82.

Billig zu verk. ein großer Tisch
 auch als Schreibtisch passend Meierstraße 20.

Bill. zu verk. 1 schwarzer Gehrock
 Bräderstraße 5 a, pt.

Sophasische mit echt. Holz-Platten
 für 14-20 Mk. zu verkaufen
 Seefergstraße 57, I.

Ein sehr guterhaltener Konfirmationsanzug (mittlere Größe) billig zu verkaufen
 Vorberstraße 14 a.

Mehrere große Gebauer
 zu verkaufen
 Lauerhofstraße 2.

Zu verkaufen ein Kinderwagen, Preis 7 Mark, und ein Damen-Maschinen-Anzug zu vermieten
 Engelswisch 33/2, I., Thierweg.

Ein hübscher Terrier (Kasshund)
 ist preiswerth zu verkaufen
 Arminstraße 42 b.

Ein guterhaltener Kinderwagen
 zu verkaufen.
 Friedenstraße 57, I. Gg.

4 junge Legehühner
 (schwarzfarbig) zu verkaufen.
 Kranzstraße 18, Holtenhor.

Bruteier von reibschwarzfarbig, und weißen
 Italiener u. jähw. Minor's
 sind 20 Pfg., kleine Italiener u. kleine Silber-
 sind 30 Pfg. C. Grammann, Arminstr. 42b.

11 Zugänger
 zu verkaufen. H. Nau, Wilhelmstraße.

3 Zugänger
 zu verkaufen. Kuntzel, Stropelsdorf.

2 Zugänger
 zu verkaufen. O. Niese, Stodolsdorf.

Belohnung a. Mittwoch i. d. Bölow- u. Markstr.
 eine Uhr, Abg. gegen Belohnung 5, 1 Gt.

Sich sehr empfehlende, sehr preiswürdige Arbeit für Arbeitgeber

Pferde-Häcksel

ist geschliffen, handlich, in Begleitung
 von 100 und 200 Jahren, oder auch in kleineren
 Stücken mit dem Eisenhammer leicht zu machen zu
 können.
 Franz Max Leichold
 Händelschneider, Stropelsdorf.

Belohnung a. Mittwoch i. d. Bölow- u. Markstr.
 eine Uhr, Abg. gegen Belohnung 5, 1 Gt.

Sich sehr empfehlende, sehr preiswürdige Arbeit für Arbeitgeber

Belohnung a. Mittwoch i. d. Bölow- u. Markstr.
 eine Uhr, Abg. gegen Belohnung 5, 1 Gt.

Sich sehr empfehlende, sehr preiswürdige Arbeit für Arbeitgeber

Neu erschienen:

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwerthung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen, zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg. Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten Mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwerthung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstrasse 50.

Zur Konfirmation

empfehlen

unsere prachtvollen **Gratulations-Karten**
 in großer Auswahl und zu verschiedenen Preisen.

Unsere Kolporteurs nehmen ebenfalls Bestellungen an.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstrasse 50.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
 am Dienstag den 10. März

Abends 8 Uhr

im **Vereinshaus, Johannisstraße Nr. 50-52.**

Tages-Ordnung:

1. Unsere Lohnbewegung.
2. Kartellbericht.
3. Wahl eines Mitgliedes der Bauarbeiterschutz-Kommission.
4. Fragetafel.
5. Verschiedenes.

— Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. —

Die Lokalverwaltung.

Konzerthaus Fünfhausen

Inhaber: Neumann.

Mittwoch den 11., Donnerstag den 12. und Freitag den 13. März:

Nur 3 humoristische Abende

Wilh. Eyle's Leipziger Quartett- und Konzert-Sänger
 Herren: Eyle, Schmidt, Römer, Delitzsch, Leonhard, Pastory.

Direktion: Eyle-Schmidt.

Gesellschaft, gegr. 1863. Feinste und leistungsfähigste Gesellschaft Deutschlands.

Billets im Vorverkauf: Sperrpreis 0,80 Mk., Saal 0,50 Mk. in den Zigarrenhandlungen der Herren C. Lehmann, Goldstraße 41, Schmidt, Markt u. Bräderstraße, u. W. Jörss, Bräderstraße 38. Kassapreis: Sperrpreis 1,00, Saal 0,60 Mk. Anfang 8 1/4 Uhr.

Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte — Preis 1,50 Mk. —

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Stadttheater.

Dienstag den 10. März, 7 1/2 Uhr.
 163. Vorst. 142. Ab. Vorst. 24. Dienstadt-Ab
 Letztes Gastspiel Alice Kowa.

Die Fledermaus.
 Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.

Mittwoch: Die Camellienblume.
 Donnerstag: (Besitz) Die Verführerinnen
 Freitag: Rosenmontag.

Gustav Küster Naturheilkundiger

für chronische und akute Leiden aller Art,
 Westhofstrasse 18, pt.
 Sprechstunden: Montag, Mittwoch u. Freitag
 von 8-12 und von 3-7 Uhr.

Ihren reinigen . 1,50,
 Federn einsehen . 1,50,
 1 Jahr Garantie.
 Uhrgläser 1. Qual. 0,50.
Aug. Böttner,
 Uhrmacher,
 Bürgstraße 32.

Atelier „Adele“ Breite-
 (Haus Freyhof.) Inh: Herm. Westphal.
 Konfirmanden Preisermäßigung.
 Straße 58.

Frau Helms, Hebamme
 wohnt: Kleine Burgstraße 4.
 Empfehle mich zur Ausführung sämtlicher
 Wäurerarbeiten.

W. Neumann, Lindenstraße 28, 2. St.

Achtung Löhner!

Dienstag den 10. März
 Abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
 Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Kartellbericht
3. Verschiedenes

Es ist unbedingt nötig, daß sämtliche Kollegen zu dieser Versammlung erscheinen.
 Der Vorstand.

Panorama

(Zentrale Berlin, Passage)
 Breitestrasse 53, 1. Etg.
 Diese Woche: Zweite Reise

am schönen Rhein.

Circus Varieté.

Nur noch einige Tage
 das sensationelle
 Weltstadtprogramm.
 Anfang 8 Uhr.

Belohnung a. Mittwoch i. d. Bölow- u. Markstr. eine Uhr, Abg. gegen Belohnung 5, 1 Gt.

Sich sehr empfehlende, sehr preiswürdige Arbeit für Arbeitgeber

Das Arbeiter-Sekretariat in Lübeck.

J. St. Eine Fülle reichen Materials zur Beurteilung unserer angeblich so segensreich wirkenden sozialpolitischen Gesetzgebung bietet der zweite Jahresbericht des hiesigen Arbeiter-Sekretariats, der soeben in einer 81 Druckseiten umfassenden Schrift vom Genossen R. Wisselel erstattet worden ist. Dieser Bericht birgt aber gleichzeitig manche Belehrungen in den verschiedensten Fragen in sich, Belehrungen, die, wenn sie von der Arbeiterschaft befolgt und beachtet würden, den Betroffenen vielen Kummer und Verdruß ersparen könnten. — Da der Bericht jedem Gewerkschaftsmittgliebes kostenlos verabsolgt wird, so können wir uns in unserer Besprechung wohl auf das Wesentlichste beschränken.

Die Besucherzahl des Arbeiter-Sekretariats hat im verflossenen Jahre um ein Beträchtliches zugenommen. Während dieselbe sich 1901 auf 4545 belief, steigerte sie sich im Berichtsjahre auf 6052. Die Zahl der Besucher ist demnach um 33,18 Proz. gestiegen — ein Beweis, daß immer weitere Kreise der Bevölkerung Zutrauen zu dieser so segensreich wirkenden Einrichtung der Lübecker Arbeiterschaft gewonnen haben. Bemerkenswert ist hierzu, daß bei der Zählung der Besucher nur der erste Besuch in derselben Angelegenheit gerechnet worden ist; die Zahl der einzelnen Besucher würde sich sonst auf etwa 7800 belaufen. Die höchste Besucherzahl wies der Januar mit 559, die niedrigste der August mit 453 auf. — Von den 6052 Besuchern waren nur 3531 oder 58,35 Proz. organisiert; rechnet man die 533 Angehörigen der Organisirten hinzu, so erhöht sich der Prozentsatz auf 67,15 Proz. Die Besucherzahl des Sekretariats setzt sich also zu nahezu einem Drittel aus unorganisierten Leuten zusammen. Es kommt somit der gesamten Bevölkerung zu Gute.

Die Hauptzahl der organisierten Besucher stellten die Fabrik- u. Arbeiter mit 655, ihnen folgen die Metallarbeiter mit 427. Nur im Sozialdemokratischen Verein organisiert waren 147 Besucher. Interessant ist auch die Thatsache, daß 4 christlich-soziale Metallarbeiter und 11 Dandieraner das Sekretariat in Anspruch nahmen. Aus der Berufsüberblick ersehen wir, daß je 1 Professor und 1 Student sich nicht scheuten, diejenige Stelle zwecks Einholung einer Auskunft zu benutzen, wo auch der Arbeiter sich Auskunft holt. Manchem bürgerlichen Philister mögen hierüber die Haare zu Berge stehen! 1197 weibliche Personen nahmen das Sekretariat in Anspruch. — Wenn auch naturgemäß die Arbeiterschaft das Hauptkontingent der Besucher stellt, so ist dennoch auch die Zahl der Besucher aus den Mittelschichten — 248 — im Steigen begriffen.

Von den Besuchern hatten 5146 ihren Wohnsitz in Lübeck und 906 auswärts. Unter letzteren sind Bewohner des Fürstenthums die häufigsten. Interessant ist es, daß wir unter den auswärtigen Orten auch 5mal Hamburg, 2mal Bremen und je 1mal Berlin und Regensburg finden. Jedenfalls handelt es sich in diesen Fällen um Leute, die sich hier bejuchungsweise aufhielten.

Hand in Hand mit der zunehmenden Besucherzahl ging naturgemäß auch eine Steigerung der anzufertigenden Schriftstücke. Letztere stiegen von 1324 auf 1673.

Der Gegenstand der Auskunft betraf die Arbeiterversicherung in 1183, Arbeits- und Dienstvertrag in 955, bürgerliches Recht in 2614, Strafrecht in 446, Arbeiterbewegung in 49, Gemeinde- und Staatsbürgerangelegenheiten in 491 und Gewerbesachen in 166 Fällen.

Einen breiten Raum nimmt in dem Bericht die Rubrik „Unfallversicherung“ ein. Hier liefert derselbe unter Aufzählung bestimmter Fälle ein treffendes Bild von der von den Berufsgenossenschaften leider nur allzu häufig beliebten Rentenquetserei. Des Ferneren wird in eingehender Weise die ärztliche Begutachtung der Unfall-

verletzten besprochen. Aus den angeführten Gutachten sei an dieser Stelle nur eines gedacht, das verdient, den weitesten Kreisen bekannt gegeben zu werden. In einer Unfallsache sollte der praktische Arzt Dr. med. Bisk in Oldesloe ein Obergutachten abgeben. Dieser Arzt schreibt nun wörtlich in demselben: „Der p. B. (der Verletzte) leidet an hochgradig gesteigerten Begehrlichkeitsvorstellungen und an einem gewissen Grade von Nervosität, den er sich auf der Jagd nach unberechtigtem Vermögenserwerb erworben hat.“ Diese Bemerkung des angeblich der leidenden Menschheit dienenden Arztes legt allem bis jetzt dagewesenen die Krone auf! — Die Entscheidung des Schiedsgerichts mußte in 94 Fällen angerufen werden. Hiervon hatten vollen oder theilweisen Erfolg 46, während 22 unerledigt blieben. An Refusurten beim Reichsversicherungsamt waren 33 (einschließlich der von den B. G. erhobenen) zu bearbeiten; hiervon hatten bei 16 unerledigten Fällen 7 vollen oder theilweisen Erfolg. — Mit Hilfe des Sekretariats wurden im Berichtsjahre den Verletzten oder deren Hinterbliebenen zusammen 11 696,51 Mk. gerettet.

Das Kapitel „Invalidenversicherung“ giebt eine Reihe beachtlicher Winke und Belehrungen, die hoffentlich recht eingehend studirt werden.

Beim Abschnitt „Krankenversicherung“ wird u. A. das Gebahren des Vorstandes der Krankenkasse „Germania“ in Altona (E. S. Nr. 205) einer scharfen Kritik unterzogen.

Von den übrigen eingehend behandelten Abschnitten sei nur noch desjenigen über die Praxis des hiesigen Gewerbegerichts gedacht. Mit Recht wird hier darauf hingewiesen, daß in Lübeck in Bezug auf das Gewerbegerichtsdienstrecht vor Reichsrecht geht. Das hiesige Gesetz entspricht in manchen Punkten nicht dem am 1. Januar v. J. in Kraft getretenen Reichsgewerbegerichtsgesetz. Bei dem bekannten Schneidentempo, welches in solchen Sachen in Lübeck innegehalten wird, werden wir wohl noch einige Zeit warten können, ehe auch Lübecks Gewerbegerichts-Rechtsprechung sich den reichsgesetzlichen Bestimmungen anpassen wird.

Der Verkehr mit den Behörden und Gerichten u. war ein durchaus angenehmer; 2 Behörden nahmen das Sekretariat in Anspruch. In 5 Fällen setzte sich dasselbe mit dem Gewerbeinspektor in Verbindung. — Wie es scheint, gewinnt man auch in obrigkeitlichen Kreisen die Ueberzeugung, daß das Sekretariat für Lübeck eine segensreiche Thätigkeit entfaltet.

Wir können unsere kurze Betrachtung des überaus lehrreichen Jahresberichts nicht besser schließen, als dadurch, daß wir zum eifrigen Studium desselben auffordern. Kein Leser wird denselben unbefriedigt aus der Hand legen! Er wird dann auch fernerhin freudig sein Scherflein zu diesem Unternehmen beisteuern und mit uns der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Sekretariat auch im laufenden Jahre sich weiter entwickeln möge zum Segen und Wohle aller Derjenigen, die gezwungen sind, einen Theil ihres Lebens auf den Leidensstationen desselben zu verbringen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Krüppelsteuer geplant. Die Vorbereitungen zur Einbringung der Resolution bezüglich der Wehrsteuer im Reichstag werden eifrig gefördert. Man wirbt in parlamentarischen Kreisen um die erforderlichen Unterschriften und wird, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, bald mit der Formulierung der Resolution begonnen werden. Unsere Bourgeoisie plant eine Kopfsteuer für alle, die nicht beim Militär gedient haben. Alle Arbeiter, welche nicht dienstpflichtig waren, sollen mit einer neuen Steuer geschöpft werden. Das Volk muß sich energisch gegen diese neue Schädigung zur Wehr setzen.

flexion und trotz aller Anprallungserfahrungen, die man gemacht hat.

Diesem Instinkt zufolge suchte die Glanming den Better auf; sie traf ihn im „Emmenstand“ und erzählte ihm die Geschichte. Der Burjche horchte mit großem Ernst, und die Mutter, die hierin Uebereinstimmung mit ihren Gedanken erblickte, schloß mit den Worten: „Nun wirst du mir doch recht geben, wenn ich's nicht mehr leide, daß sie noch länger bei dem Menschen dient? Gleich morgen in der Früh geh' ich hin und nehm' sie mit nach Haus.“

Hans verlegte nach kurzem Schweigen: „Wenn sie nun aber nicht mitgeht?“

„Nicht mitgehen?“ rief die Mutter. „Das will ich doch sehen, ob ich über mein Kind keine Gewalt mehr hab'. Sie muß mit.“

„Wase,“ fuhr Hans fort, „überreißt Euch nicht und macht überhaupt die Sache nicht ärger als sie ist. Wenn man Hen hereinbringen will und durch den Fehler eines Dienstboten wird es verregnet, so ist das für einen Bauern eine sehr ärgerliche Sache. Der Christine hat was gehört, und wenn der Bosh es ihr nicht geschenkt hat, so ist das begreiflich.“

„Aber so rasend, so abscheulich thun —“

„Das will ich gar nicht loben,“ versetzte Hans. „Aber kennt man den Holzbauern denn nicht? Wenn der zornig wird, ist's grad', wie wenn ein Better ausbricht. 's geht nicht anders, es muß raus aus ihm, er kann sich nicht anders helfen, und darum kann man es ihm auch nicht ganz so übelnehmen wie anderen Leuten. Das wird sich die Christine wohl auch gedacht haben, und darum ist sie geblieben.“

„In einem Haus, wo man einen so schandbar behandelt hat,“ erwiderte die Glanming mit dem Ausdruck der Enttäuschung und Geringschätzung, „da bleibt man nicht mehr, wenn man ein ordentliches Mädchen ist. Und die da, die zu mir gesagt hat, daß man vor allem seinen Charakter und

Die Eisenbahnarbeiter und das Koalitionsrecht. Der Generalmajor a. D. Bude, zur Zeit preussischer Eisenbahnminister traut seinen schönen Neben, durch die er den Eisenbahnarbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten will, anscheinend nicht viel Weisheit zu. Und im Sinne dieser anerkannterwerthen Selbsterkenntnis hat Herr Bude einen Offiziosus mobil gemacht. Eine Spalte und eine halbe ihres Abendblattes wendet die „Nordb. Allg. Ztg.“ daran, um darzutun, daß Schwarz weiß sei, was bekanntlich für jeden echten und gerechten Offiziosus Kinderpiel ist. Dem Artikel 30 der preussischen Verfassung vom Jahre 1850, der da lautet:

„Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen.“

setzt der offiziöse Helfershelfer des Eisenbahnministers den § 182 der alten preussischen allgemeinen Gewerbe-Ordnung entgegen, der ein ausdrückliches Koalitionsverbot enthält. Er lautet:

„Gesellen, Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche entweder die Gewerbetreibenden selbst oder die Obrigkeit zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Gewerbetreibenden verabreden oder zu einer solchen Verabredung auffordern, sollen mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Diese Bestimmung ist auch anzuwenden auf Arbeiter, welche bei Berg- oder Hüttenwerken, Landstraßen, Eisenbahnen, Festungsbauten und anderen öffentlichen Anlagen beschäftigt sind.“

Dieser Paragraph ist fünf Jahre älter, als die Verfassung, und er gilt bei allen logisch denkenden Menschen durch die weiter gehende, generelle Bestimmung des Art. 30 der Verfassung als erledigt. Daran ändert die Thatsache nichts, daß er auch noch nach 1850 angewendet worden ist. Ein Unrecht wird darum nicht Recht, wenn man es in Permanenz erklärt. Hat der Beauftragte des Eisenbahnministers den verschimmelten § 182 vielleicht deshalb herausgeholt, um mit ihm und auf Grund der daran geknüpften spitzfindigen Deduktionen einen Schlag gegen das den Arbeitern gesetzlich gewährleistete Recht auf Streik vorzubereiten? Die Reaktion scheint jetzt ein Vorgehen auf der ganzen Linie zu planen, um noch vor den Wahlen zu retten, was zu retten ist. Sie beweist aber damit nur eins: sie fürchtet diese Wahlen, sie fürchtet sie mehr, als sie jemals Wahlen gefürchtet hat.

Wahlnachrichten. Die dänische Partei hat Donnerstag für den Wahlkreis Apennab den für einen Optanten erklärten Hofbesitzer Wolff in Gammelgab als Kandidaten aufgestellt. — Für Gütrow-Ribitz ist der bisherige Hospitant der konservativen Partei, Abg. v. Treuenfels, wiederum als konservativer Kandidat aufgestellt worden. — Die Nationalliberalen stellten als Reichstagskandidaten für Hannover-Linden den Direktor der landwirtschaftlichen Brandkasse Geheimrath Hurzig auf. Die Welsen wollen, wie verlautet, den Rechtsanwält v. Dannenberg aufstellen. — Für den Wahlkreis Hildesheim haben Zentrum und Bund der Landwirthe den Gutbesitzer Bauernmeister als gemeinsamen Kandidaten aufgestellt. Seit dem Jahre 1893 vertritt Hr. v. Hohenberg (Welse) den Wahlkreis im Reichstage. — Für den Wahlkreis Lippe ist von der Bippischen Freisinnigen Volkspartei der bisherige Reichstagsabgeordnete Meyer-Jobst wieder als Reichstagskandidat aufgestellt worden. — Mit Bezug auf die Kandidatur von Pastor a. D. Köhliche befreitet die volksparteiliche „Nordb. Ztg.“, daß auch die Freisinnige Volkspartei für diesen Kandidaten eintreten werde. Sie werde vielmehr mit einem eigenen Kandidaten für den Wahlkreis Sangerhausen-Geartsb erga heraustreten. — Das Wahlkartell in Kürnberg hat sich zerklüftet, nachdem die Nationalliberalen einen eigenen Kandidaten aufgestellt haben. — Im Wahlkreise Hersfeld-Rotenburg-Hünfeld ist sowohl der ehemalige Botchaftssekretär Hr. v. Ghardstein

seine Ehr' behaupten müsse in der Welt — die will sich so was gefallen lassen!“

„Sie wird eben unter Charakter und Ehr' etwas anderes verstehen als Ihr, Wase.“

„Reinnetwegen!“ rief die Mutter, erzürnt darüber, den Burjchen gegen ihr Vermuthen auch diesmal im Widerspruch mit sich zu finden. „Ich leid's einmal nicht, daß sie noch dort bleibt. Und ich geh' hin und hol' sie, und mit Gewalt nehm' ich sie mit mir!“

„Ihr kennt Eure eigene Tochter nicht,“ rief Hans mit Nachdruck. „Ich sag' Euch, sie geht nicht mit Euch!“

„Das wird sich zeigen — ich thur's nicht anders und seh' alles in Bewegung.“

„Dann, Frau Wase,“ rief Hans mit strengem Gesicht, „dann macht Ihr einen thörichten Streich und kommt doch nicht zu Eurem Zweck. Die Christine, das könnt Ihr nun sehen, hat sich was in den Kopf gesetzt und läßt sich nicht davon abbringen; und ich für meine Person, ich den, ich kann's errathen. — Wase,“ fuhr er mit einem eigenen Lächeln fort, „an einem Schimpfwort stirbt man nicht — namentlich, wenn man nicht ohne Schuld ist, und je mehr man aushalten lernt, desto besser ist's.“

„Aushalten!“ rief die Glanming; „Schande soll niemand aushalten.“

Aber nun wurde Hans aufgebracht. „Wase,“ rief er, „ich will Euch meine Meinung rund heraus sagen. Ihr seid eine eitle Frau und wollt nichts als Ehr' haben und flattert sein und prangen mit Eurer Tochter. Euer Prangen ist Euch aber schlecht bekommen bis jetzt. Wer weiß, wer weiß, ob nicht Euch so gut als Eurer Tochter die Schande gesünder ist.“

Die Alte war von diesen Worten getroffen — und entwarfne. Sie ging niedergebückt in's Haus zurück und sagte zu sich selber: „Der ist nun auch ein Satan geworden. — O ich unglückliche Mutter!“ Als die neue Wase Abschied nahm, erhielt sie keinen andern Auftrag, als der Christine

Die Lehrersbraut.

Erzählung aus dem Riez von Melchior Meyer.

(26. Fortsetzung.)

Die Mutter war bei den Schimpfreden, womit ihr Kind beledet worden, von der Bank aufgesprungen mit einer Miene, als ob sie das Schrecklichste vernommen hätte, und sogar die uns bekannte pflanzenruhige Tagelöhnerin, die hinter dem Ofen gestrickt hatte, war herbeigeeilt.

„Das ist meiner Tochter passiert,“ rief die Alte zitternd vor Enttäuschung, „meiner Christine, und sie hat dem Schandensünder nicht augenblicklich den Dienst gekündigt und ist auf und davon gegangen?“

„Jede andere hätte das gethan,“ versetzte das Weib, „keine hätte sich das gefallen lassen.“

„Ich wahrhaftig auch nicht,“ rief die Tagelöhnerin, deren Baden sich gefährdet hatten, ordentlich aufgebracht.

„Die Christine,“ fuhr die Erzählerin fort, „hat sich's gefallen lassen und ist geblieben. Zuerst ist sie bestürzt gewesen und hat ihn mit großen Augen angesehen. Je mehr er aber gewüthet hat, desto ruhiger ist sie geworden; und wie er endlich aufgehört hat, weil ihm ganz der Schnaufer ausgegangen ist, da hat sie gesagt: „Herr Bosh, ich seh' es ein, ich hab' gefehlt. Verzeiht mir's — es soll nimmer geschehen.“

Die Glanming war empört. „Das hat meine Tochter gesagt!“ rief sie. „Mit der muß was vorgegangen sein. Es ist nicht anders möglich — bei der ist's nicht mehr richtig im Kopf.“

Das Gesetz der Schwere, wie man weiß, gilt in der geistigen Sphäre so gut wie in der materiellen. Die Schwäche gravitirt nach der Stärke; wer außer sich ist, strebt zu dem Festen und Gefasteten hin und klammert sich an ihn an, und zwar zunächst ganz instinktmäßig, ohne alle Re-

(M.) als auch der Landrath Luerde (R.) von der Kandidatur zurückgetreten. Jetzt schweben Verhandlungen der Parteien über eine gemeinsame Kandidatur. — Im Wahlkreise Ottweiler St. Wendel. Meisenheim einzigen sich die Mittelparteien zur Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten gegen das Zentrum. — Als sozialdemokratischer Kandidat wird in Saarbrücken wiederum Bergarbeitersekretär Spantol-Oberhausen aufgestellt werden. Die Nationalliberalen halten bisher an der Kandidatur des Geh. Justizraths Volkst. Von einem bestimmten Zentrumskandidaten verlautet noch nichts in der Öffentlichkeit; man wird jedoch nicht fehlen in der Annahme, daß wieder ein Kreisangehöriger aufgestellt wird. — Für Kreuznach-Simmern, gegenwärtig vertreten durch den Agrar-Politiker Paasche, hat der Bund der Landwirthe den Redakteur Fritz Wieg aufgestellt.

Der Etat des Reichsschatzamt, der den Reichstag am Freitag beschäftigte, gab merkwürdiger Weise — Anlaß zu einer Kulturkampfpause nach dem Muster des Abgeordnetenhauses. Vorher setzte es eine Budgetdebatte. Der konservative Graf Carmer, sonst ein recht schweigsames Mitglied des Hauses, machte den verschämten Versuch, die durch die Brüsseler Judenkonvention abgeschafften Prämien von hinten herum, auf dem Wege der Kontingentierung, wieder einzuführen. Aber den Reichsschatzamtretär von Thielmann ließ nicht an den Köder; selbst Dr. Paasche und Zentrum-Sped erklärten eine derartige Umgehung der Brüsseler Konvention für unzulässig. Nach einer kurzen Debatte über die Entschädigung der Sacharinfabrikanten, die der freisinnige Volksparteiler Dr. Hermes entwarf, wurde der Titel „Staatssekretär“ bewilligt. Unter den weiteren Titeln befand sich auch einer des Namens „400 000 Mark als Beitrag zur Deckung der laufenden Ausgaben der Universität Straßburg“. Wie von einer Tarantel gestochen, fuhr bei diesem Titel der Nationalliberale Dr. Sattler in die Höhe und brach einen Streit mit seinen Waffenbrüdern von der Zollwucher-Kampagne, den Ultramontanen, vom Harne. Nach dem kulturparteilichen Archivarh soll die auf Grund eines Uebereinkommens mit der römischen Kurie erfolgte Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Straßburger Universität einen gloriosen Sieg Roms und eine blamable Niederlage des Staates bedeuten. Der elsässische Geheimrath Halleh bemühte sich im Schwitz seines bureaukratischen Antlitzes, die Sache als gerade umgekehrt darzustellen. Der Freisinnige Schrader meinte wohl mit Recht, daß der Betrag mit den erorbitanten Befugnissen, die er dem Bischof über die theologischen Professoren einräumt, ein brillantes Geschäft für die Kurie und ein schlechtes Geschäft für den Staat bedente. Von ultramontaner Seite wütheten sich in die Debatte Reichsgerichtsrath Spahn, der als Erzeuger des hoffnungsvollen Jünglings und Privatdozenten Martin Spahn in Straßburg sozusagen der Nächste bei der Sache ist, sowie Herr v. Hertling, der über Kardinal Rampolla's beständige Lebenswürdigkeit höchst amantlich plauderte. Der Kaiser Deljor bestritt entschieden, daß der Widerstand der Ultraliberalen — die die katholischen Priester nur in Seminaren ausgebildet wissen wollen — gegen die Errichtung jener Fakultät mit „Protestantenthum“ etwas zu thun habe. Unter immerhin höheren Gesichtspunkten betrachtete Dr. Barth den Fakultätsstreit als eine Erscheinung des unendlich alten Widerstreites zwischen Staat und Kirche. Am Sonnabend heft der Rest des Schatzetats und außerdem der Militäretat auf der Tagesordnung.

Die Streichungen im Heeres-Etat, die durch die Budgetkommission des Reichstages vorgenommen worden sind, belaufen sich im Ganzen auf 8 065 710 Mark. Die Bewilligungen betragen 569 655 830 Mark. In eine Bewilligung der großen Zuschußleihe ist also bei dieser Art der kleinen Sparmaße gar nicht zu denken.

Der neue Zolltarif ist jetzt in je zwei bis drei Exemplaren an die sämtlichen deutschen Zollbehörden und Zollstellen zum Studium abgegeben. Nach den Anforderungen des Zolltarifs müssen zufolge der übereinstimmenden Urtheile von praktischen Zollbeamten bei seiner Inkraftsetzung auf jeden Fall mehr Oberbeamtenstellen geschaffen werden, als gegenwärtig bestehen. So entspricht eine Zolltarife aus der andern.

Die Budgetkommission des Reichstages begann

Freitag die Beratung des Marineetats und nahm an verschiedenen Titeln des Ordinariums kleinere Streichungen vor. Zu Kapitel „Instandhaltung der Flotte und der Werften“ wurde eine Resolution Semler angenommen, wonach im nächstjährigen Etat eine Erhöhung des Höchstgehaltes der Führer, Steuerleute und Maschinenisten von Werftdampfern, Schwimmkänen und Schwimmbojge, sowie der Schleusenmeistergehältern vorgenommen werden soll.

Die Kommission zur Vorberathung der Krankenkassengesetznovelle hat am Freitag einen Antrag Samp zum § 2 des geltenden Krankenkassengesetzes abgelehnt, den Gemeinden das Recht zu geben, den Versicherungszwang auch auf solche selbstständige Gewerbetreibende auszudehnen, die regelmäßig nicht mehr als drei Lohnarbeiter beschäftigen.

Wegen zahlreicher Soldatenmißhandlungen hatte sich Mittwoch der 22jährige Leutnant Georg Steffen von der Eskadron Jäger zu Pferde Nr. 1 vor dem Kriegsgericht der ersten Division in Königsberg i. Pr. zu verantworten. Zur Anklage standen Mißhandlungen von 35 Untergebenen in 118 Fällen, darunter in 25 Fällen unter Mißbrauch der Dienstwaffe. Zu der Verhandlung, die wegen „Gefährdung der militärischen Disziplin“ unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, waren etwa 40 Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Der Angeklagte wurde nach siebenstündiger Beweisaufnahme zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt. — Wenn man gegen einen Offizier auf eine so hohe Strafe erkannte, so müssen schon ganz fürchterliche Mißstände aufgedeckt worden sein.

Kleine politische Nachrichten. Der Handelsvertragsverein hat dem Reichstagsratler eine Denkschrift überreicht, welche das von ihm eingesammelte Material bezüglich des neuen Handelsvertrages mit Rußland enthält. — Graf Pöhl und sein früherer Inspektor Kirchner haben, nachdem das Reichsgericht ihre Revision gegen die Gefängnisstrafe wegen Zerstörung einer Feldbahn zurückgewiesen hat, nach dem „Niederösterreich. Anz.“ Gnadengesuche an den Kaiser gerichtet. — Die gegen den früheren Kommandanten der „Wittelsbacher“ verhängte kriegsgerichtliche Strafe von 3 Wochen Stubenarrest hat der Kaiser, wie dem „Lokalanz.“ aus Kiel gemeldet wird, auf zwei Wochen gemildert. — Die in Frankfurt a. M. erschienene Druckschrift „Der Esel als Erzieher“, ein Buch, das den Ultramontanismus mit wichtiger geistiger Waffe bekämpft, wurde in Oesterreich-Ungarn verboten. Natürlich! — Der Voranschlag für das englische Heeresbudget 1903/04 beziffert die Gesamtausgaben auf 342 500 Pfund, den Mannschäftsbestand auf 235 761 ausschließlich Indien. — Ein Erlass des Sultans ordnet die Amnestierung vormaliger politischer Verbrechen in Madagaskar an, um das aufgeregte Volk etwas zu befähigen. — In Wien verhafteten die Engländer einen angeblichen russischen Spion, einen Ingenieur, der das Fort von Almonthul zu erforschen trachtete.

Finland.

Das Briefgeheimniß aufgehoben. Der neue Generalpostdirektor hat den Postämtern eingeschärft, daß alle Sendungen, die verdächtig erscheinen, verbotene Pressezeugnisse zu enthalten, in Gegenwart der Empfänger geöffnet und auf ihren Inhalt geprüft werden sollen. Das Briefgeheimniß ist also in ganz Finland thatsächlich nicht mehr vorhanden.

Frankreich.

Ein Preßpanama. Eben hat die Pariser Presse ihre ganze sittliche Entrüstung über die venezolanische Affäre angedeutet, da wird ihre eigene Schande in dem Mytilenehandel von grausamer Hand entblößt. Es stellt sich jetzt heraus, daß die ganze Preßwache, die die französische Regierung und die Kammer in die Exekution der Schulden der Herren Vorando und Tubini hineinzieht, ein schmutziger Handel gewesen ist. Herr Vorando hatte sich die Pariser Presse durch einen Kommissar für öffentliche Meinung gegen eine Abfindung in Bar und vertragsmäßige Prozente gekauft; die Forderung wurde kritisch und kam vor die Gerichte, und so wurde die geheime Vorgeschichte der Exekution gegen Mytilene offenkundig. Im Jahre 1875 borgten die Gebrüder Vorando im Verein mit Tubini und einem andern libanesischen Bucherer dem türkischen Finanzminister 50 000 türkische Pfund zu dem Zinsfuß von 15 Proz. unter Brüdern. Im Jahre darauf borgte die Pforte weitere 50 000 Pfund

zu dem angenehmen Satz von 12 Prozent Zinsen. Da die Pforte bis 1891 weber zur Rückzahlung des Kapitals noch zur Entrichtung der Zinsen zu bewegen war, so wuchs die Schuld zu der fabelhaften Höhe von 550 000 Pfund an. Der Rechtsmittel der Vorando war gerichtlich schwer zu realisiren, fernermalen auch im Orient derartige Buchergeschäfte nicht gefahrlos klugbar sind. Die Herren Bucherer wollten aber zu ihrem Gelde kommen, und da griffen sie zu einer viel wirksameren Methode, nämlich zur Mobilisirung der öffentlichen Meinung. Ein Zwischenmann, welcher das Geschäft machte, war rasch gefunden, und bald tobte der „Figo“, der „Tempo“, der „Matin“ und alle Erbpächter der öffentlichen Meinungsfabrikation in glühender Entrüstung über das schreiende Unrecht, das an den Ehrenmännern Vorando und Tubini von den bösen Zahlern an goldenen Horn verübt wurde. Herr Constans, Botschafter in Konstantinopel, und verschiedene Deputirte bliesen mit vollen Backen in das knisternde Feuer der Empörung. Zu dieses Geistes sollte der Zwischenmann, Monsieur Courmes 15 000 türkische Pfund und 15 Proz. der ersten Abschlagssumme der Pforte erhalten. Als aber die französischen Kriegsschiffe von Mytilene mit der goldenen Beute heimkehrten, ging Herr Courmes leer aus. Ueber diese Privat-Umkehrung aller sittlichen Begriffe war der brave entrüstete Er ging hin und klagte und machte geltend, daß er nur zu seinem ausgelegten Gelde kommen wolle; denn die Zeitungen, die er auf die Beine gebracht, habe er bereits aus Eigenem bezahlt. In den nächsten Tagen soll in diesem Prozeß das Urtheil gesprochen werden. Die Presse bildete eine Verschwörung des Todtschweigens der heikeln Affäre. Aber Herr Rochefort hatte es anders beschlossen. Er drückte die stinkende Geschichte im „Intransigeant“ auf, und die Pariser Presse fetert wieder einmal ein Panama, — genau 10 Jahre nach dem großen Panama der Hochfinanz, der Kammer, der Regierung und der öffentlichen Meinung.

Die Deputirtenkammer hat das gesammte Budget mit 371 gegen 82 Stimmen angenommen. Die Budgetkommission hat im Einverständnis mit dem Finanzminister beschlossen, zum Zwecke der Herstellung des Gleichgewichts im Budget die Ermächtigung zur Ausgabe von 20 Millionen Obligationen zu ertheilen; der Erlös soll zur Bezahlung eines Theiles der Zinsgarantien für die im Budget aufgeführten Eisenbahnen verwendet werden.

Belgien.

Ein Polizei-Massacre. Aus Brüssel wird dem „Vorw.“ berichtet: Die Gemeinde Pietrebais in der Provinz Brabant war dieser Tage der Schauplatz eines Kampfes, der zwei Menschenleben kostete. Als letzter Urheber dieses Dramas erscheint mit steigender Gewißheit der Seelenhirte des Ortes. Der Geistliche betreibt neben der Seelenheilfrage noch einen Handel mit Mais und Getreide und war deshalb nicht gerade besonders beliebt. Ueberdies lag er mit seinem Küster im Streite, den er durch die Entlassung desselben beendet glaubte. Die Bevölkerung nahm die Partei des Küsters und man munkelte von einer Demonstration gegen den Seelenhirten am 1. März. Die Ortsbehörde berief infolgedessen Gendarmen nach dem Ort. Da die vermuthete Demonstration nicht eintraf, waren die Hüter der Ordnung um die Gelegenheit gekommen, Säbel und Flinten spielen zu lassen. Sie suchten aber dafür an den Maskierten ihr Müthchen zu kühlen. Jede Maske, in der sie eine Verpottung des Geistlichen vermutheten, rissen sie ohne weiteres herunter. In einem Caffee kam es dieserhalb zu einem Wortwechsel zwischen Gendarmen und Maskierten, in dessen Verlauf ein Bauer einen Kolbenschlag auf den Kopf erhielt. Der Kellner Theys, der ruhig am Büffet lehnte, meinte es sei feig, einen Wehrlosen derartig zu verwunden. Hierauf riß der Gendarm Seclercq seinen Karabiner von der Schulter und feuerte in die Menge. Der Kellner Theys stürzte mit zerstücktem Schädel zu Boden. Nach einigen Augenblicken sprachloser Bestürzung stob die Menge auseinander. Ein anderer Gendarm machte seinem mordenden Kollegen lebhaftest Vorwürfe ob seines durch nichts gerechtfertigten Vorbes. Mittlerweile kamen die Bauern angestürzt. Der Gendarm schrie ihnen entgegen, er sei noch zu weiterem Schießen bereit. Glücklicherweise gelang es, den Ordnungsbaharen zu entwaffnen. Die namenlos empörte Bevölkerung schlug den Gendarm nieder, schleifte ihn durchs Dorf und wieder zurück in das

zu sagen, sie solle doch ja heimkommen oder in einen andern Dienst gehen und nicht mehr bei dem Menschen bleiben; es war ja ein Schimpf und eine Schande für die ganze Freundschaft.

Die Mahnung hatte aber denselben Erfolg wie die erste. Christine blieb nach ihr bei Gelegenheit herunterfallen, es sei alles wieder in Ordnung und alles vergessen.

Mit der Satanshaft, welche die Gläubigen dem Betler beilegte, war es freilich nicht weit her. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, die Leser nun ein wenig mehr in das Herz des Buchens blicken zu lassen, damit sie das Verhalten desselben vollständig begreifen und würdigen können.

Hatte die Natur den Hies nicht zu einem Satan bestimmt, so war er doch ebenjowenig zu einem sogenannten „guten Menschen“ geschaffen, d. h. zu einem, der aus Schwäche gegen andere und ihre Bedürfnisse die Pflichten verliert, die er gegen sich selber hat. Ueber Fremde sollte werden, was man auf dem Land einen rechten Mann — einen Ehrenmann nennt. In einem solchen gehört die Güte und die Großmuth, die in seinem Herzen lag, als notwendiges Element, aber eine Güte und eine Großmuth, die weiß, was sie will, und sich nicht bequemen läßt, mit ihren Vorzügen den eitlen Trieben der Welt zu dienen. Die Lehre, die ihm das Schicksal gegeben, war nicht fruchtlos geblieben; er hatte etwas profitirt von jenem Leid und sich ein Bewußtsein erworben, das er streng einhalten wollte. Er hatte sich vorgenommen, sich selbst höher zu achten, nicht zu thun, was andere, sondern was er selber für gut ansah, und den größten Schatz, den er besaß, nimmermehr an ein Wesen zu veräußern, das seiner nicht werth war.

Als die Gläubigen ihm den Brief mittheilte, worin Christine das Anwesen der Waisen mit Hinzuzugewandte, war er nicht hoch erfreut; denn auch er hatte an einem solchen Ansehen nicht mehr gedacht. Das Bewußtsein und die Achtung des Mädchens grüßten ihn; er irrte sich, daß sie den Menschen, den er freilich nicht recht gekannt, nach Reichthum behandelte habe; er irrte sich, daß er ihrem Stand, und daß sie sich selbst höher achtete, als er von ihr er-

wartet. Zugleich hatte er aber ein Gefühl der Genugthuung, und er unterdrückte es nicht. Sie war gestraft — er gerechtfertigt. Sie hatte erfahren, wieviel mehr ein braves Herz werth ist als ein glattes Gesicht, und das war ihr gut und heilbar. Sie hatte das Schicksal, das sie gewollt — sie mußte es hinnehmen.

Die Rückkehr des Mädchens änderte seine Empfindung in etwas, aber nicht in der Hauptsache. Ihr Aussehen, die Folge der ererbten Krankheit, regte sein Mitleid an; er sah, wie es ihr zu Mathe sein mußte, und bedauerte sie von Herzen. Zudem er überlegte, wie er sich gegen sie benehmen sollte, hielt er es in jeder Hinsicht für das Beste, sie mit Fragen ganz zu verschonen und zu thun, als ob nichts vorgefallen wäre. In seinem Herzen mußte freilich auch er sich fragen: was soll aus ihr werden? was soll am Ende aus uns allen werden? Er fühlte das Bedenkliche und Aengstliche des gegenwärtigen Zusammenlebens und dachte darüber nach, wie es allenfalls geändert werden konnte. Aber die Aussicht, die andern ereignen war, und die in jenem Bauerhause den Streit zwischen Knecht und Tochter hervorgerufen hatte, stellte sich nicht einmal als Möglichkeit vor seine Seele. Ein Mädchen aus Mitleid zu heirathen und gar die Untreue zu belohnen mit dem Besten, was er hatte, das war nicht die Sache unseres Vörschen.

Er konnte vergeben und vergessen, er konnte Fremde und Betler sein, er konnte Hilfe leisten und Wohlthaten erzeigen; aber Christine zum Weib zu nehmen, war ihm jetzt nicht eingefallen, auch wenn er sie noch geliebt hätte. Er verzagte von der Seinen, daß sie ihm in Lieb und Treue eschänkt sei und ihn zu schätzen wisse nach Verdienst. Und wenn er auch aus der Noth eine Tugend machte, wenn er eine nahm, die er selber nicht liebte, wie er Christine geliebt hatte, dann mußte es doch eine sein, die ihn gern und an ihm ihre Freude hatte, und die ihn höher achtete als jeden andern in der Welt.

Daß ihm bei dieser Erwägung die Erzählung der Betler von ihrem Streite mit der Tochter, d. h. die Ansicht und die Hoffnung der Alten selbst, wie verändert sie ihm

präsentirt wurde, empören mußte, leuchtet ein. Er empfand eine solche Wuth in seinem Herzen, noch einmal für den Gutgenug gehalten zu werden, daß er ein ungewöhnliches Zucken in seiner Rechten verspürte und die größte Anstrengung nöthig hatte, gegen die „dumm unverschämte Zumuthung“ nicht loszulassen. Dagegen, was ihm von den Reden der Christine mitgetheilt wurde, gefiel ihm, und er freute sich ihrer „Einsicht“.

Seinen ganzen Beifall hatte der Entschluß des Mädchens, als Magd zu dienen. Die Fragen, die ihn beschäftigten, fanden damit ihre Erledigung, und das gegenwärtige häßliche Weisammensein ein Ende. Er mußte sich sagen, daß in Christine doch ein Geist wohne, der nach mehr ansah, als er ihr bisher zugetraut hatte. Es war ihm recht, daß sie gerade zum Holzbauern kam, und er rechnete es ihr als Tugend an, daß sie ihn nicht scheute. „Bei dem“, sagte er zu sich selber, „ist sie am rechten Platz, um das Frauenzimmer ganz wegzuführen und wieder etwas nutz zu werden für das Dorf.“ (Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Von der „Hütte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag G. Wallfisch) ist soeben das 23. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Liebe ist ewig. Roman von Wilhelm von Polenz. — Liebe übers Grab. Gedicht. Von Robert Prutz. — Angeltiere. Von F. J. J. — Der junge Schiffer. Gedicht. Von Friedrich Hebbel. — Der geliebte Menschenverstand. Von F. Stern. — Die Erlaubnisurkunde von Schillers Räubern. Von K. — Haß und Liebe. Gedicht. Von Robert Prutz. — Mozart im Kampf mit seiner Zeit. Von Karl Haß. — Ausserordentliche Thiere. Von Kurt Grottelwig. — Aus einem japanischen Tagebuche von G. Otten. — Mahnruf an die Reaktionen. Gedicht. Von Ludwig Augen-graber. — Rog Liebermann. Von John Schifowski. — Die Anemomen. — Die Strafe glänzt. Gedicht. Von Franz Dieberich. — Aufsätze: Rog Liebermann von Nikolaus Berchard.

Gasthaus. Die Waffengewürde in den nahen Bach geworfen. Als die verlangte Verstärkung anlangte, hatte sich schon die Empörung gelegt. Die Besorger ordnete die Verhaftung des Vaters und Bruders des gemordeten Kellners an. Zur Zeit ist der ganze behördliche Apparat im Gange, um — unter den Bauern die Schuldigen zu suchen. Die beiden Verhafteten wurden unter strenger Bewachung in das Gefängnis zu Nivelles gebracht. Der sozialistische Deputierte Allard hat in der Kammer eine Interpellation über diesen traurigen Vorfall angekündigt. Ihre Besprechung ist auf nächsten Dienstag anberaumt.

Marokko.

Bu Samara gefangen. Wie die „Agence Havas“ meldet, ging dem Gouverneur von Tanger Freitag aus Sez die Nachricht zu, daß der Präsident gefangen genommen worden sei. Bestätigung bleibt abzuwarten.

Vereinigte Staaten.

Sozialdemokratische Erfolge. Bei den Gemeindevahlen in Massachusetts erstellten die Sozialisten, nach einer Kabelelung der „Frankfurter Zeitung“, starke Gewinne.

China.

Wie sieht's in China aus? Aus China kommen wieder Nachrichten von allerhand Unruhen. Die Völker Europas sollen offenbar angeeifert werden, ihre „heiligsten Güter“ zu schützen und der aufdringlichen Missionarschar zu Liebe in Dämonen von neuem kriegerisch aufzutreten. Es ist deshalb bedeutungsvoll, daß die „Frankf. Ztg.“ auf Grund zuverlässiger Schilderungen des „Schrei“ über neue drohende Vögelstände als Fressführung nachweisen kann. Wirtschaftliche Notstände haben allerdings die Proletarier- und Bauernmassen der großen Zentralprovinz in Unruhe gebracht, aber mit der Vögelbewegung hat das gar nichts zu tun. „Die neuen Vögel sind also ein Erzeugnis der Einbildung, Erbfeind, mit denen man nicht zu rechnen braucht. Rechnen sollte man aber, mehr als bisher, mit der ganz urteillosen Oberflächlichkeit der Festlager Diplomaten, mit der Lust der Missionare, stets von sich als Märtyrer reden zu machen, und auch etwas mit dem langjamern, überlegenen Kulturschieben auf der riesigen Bühne des großartigen Dramas russischer Machtentfaltung.“

Soziales und Parteilieben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Berliner Maurer des Zentralverbandes beschlossen am Mittwoch: „Die Generalversammlung der Zahlstellen Berlins und Umgebung stimmt einer zweijährigen Vertragsverlängerung zu mit der Maßgabe, daß vom 1. April 1903 ab 67 1/2 Pfg. und vom 1. April 1904 bis 1. April 1905 70 Pfg. Stundenlohn gezahlt wird. Sollte jedoch der Verband der Bauergeschäfte diesem Vorschlag seine Zustimmung versagen, so haben die Arbeitnehmer-Vertreter ihre Zugeständnisse zurückziehen.“ — Die Presser bei Flehmig u. Kühnel in Weida streiken. — An den Neubauten des Spar- und Bauvereins in Lößtau-Dresden haben sämtliche 88 Maurer die Arbeit eingestellt. Grund: zu geringer Lohn. Die Zimmerer haben sich mit den Maurern solidarisch erklärt. — In eine Lohnbewegung eingetreten sind die Zimmerleute in Basel. Sie fordern einen Minimallohn von 5,70 Fr. pro Tag gegenüber den jetzigen Löhnen von 4,50—4,80 Fr., ferner die Reduktion der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden. Die Arbeiter verlangen von den Meistern bis zum 15. März Antwort, andernfalls sie die Arbeit einstellen.

Die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises haben die Mitglieder des Zentralverbandes der Buchbinder Deutschlands in Berlin beschlossen, nachdem bereits vorher die in Frage kommenden Fabrikanten ihr Einverständnis und ihre Zustimmung gegeben hatten. Abwartende Stellung, jedoch nicht ablehnende Stellung haben nur die Geschäftsbücherfabrikanten und die Chromolithographischen Anstalten eingenommen.

An der Gewerbegerichtswahl in Witten (Westfalen) beteiligten sich von 3060 eingeschriebenen Wählern 2168. Die von den freien Gewerkschaften aufgestellte Liste der Arbeitnehmer siegte mit einer Mehrheit von 40 Stimmen. Auf der anderen Seite standen der evangelische und der katholische Arbeiterverein, der Verein der Eisenbahnhandwerker und der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein. Die vereinigten Gegner unterlagen trotz eifriger Agitation, an der auch die Geistlichen theilnahmen.

Ueber die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Düsseldorf veranstalteten die dortigen Gewerkschaften eine Urabstimmung.

Eine Statistik über die Sterblichkeit der Bijouteriearbeiter in Hanau verlangte Genosse Hoch vom dortigen Magistrat, mit Bezug auf seine im Reichstag gemachten Angaben über ein starkes Grassieren der Schwindsucht unter den Goldarbeitern. Das Hanauer Stadtverordneten-Kollegium nahm den Antrag auf die Herausgabe dieser Statistik an.

Das Frankfurter Gewerkschaftshaus hatte im verfloffenen Jahre einen Gesamtumsatz von 230 000 Mk. Für Speisen wurden 104 000 Mk., für Bier 88 708 Mark vereinnahmt. Der Schnapsverbrauch war verhältnismäßig gering, er brachte im Ganzen eine Einnahme von rund 1600 Mark. Der Fremdenverkehr war etwas stärker als im Vorjahre, im Ganzen übernachteten 26 469 Fremde, von welchen 18 402 organisiert und 8067 nicht organisiert waren. Der Reingewinn beträgt 9000 Mk., der zur Abtragung der etwa 600 000 Mark betragenden Hypotheken verwendet werden muß.

Zur Arbeitslosenversicherung. Dr. Freund, der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Berlin, veröffentlicht als Beilage der „Soz. Prozeß“ Materialien zur Frage der Arbeitslosenversicherung. Die Anregung dazu gab ihm der Beschluß des Reichstages vom 31. Januar 1902, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Kommission zur Prüfung der Versicherungsanstalten gegen Arbeitslosigkeit zu berufen. Dr. Freund giebt zuerst eine Uebersicht über die Literatur über Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, dann stellt er die einschlägigen Verträge, Projekte und Vorschläge zusammen. Dabei unterscheidet er: 1. Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung durch Arbeiterverbände oder in Ablehnung an diese; 2. kommunale Arbeitslosenversicherung; 3. Arbeitslosenversicherung durch Unternehmerverbände; 4. Arbeitslosenversicherung im Anschluß an die reichsrechtliche

Krankenversicherung und 5. an die reichsrechtliche Invalidenversicherung; 6. Arbeitslosenversicherung durch die paritätischen Facharbeitsnachweise; 7. Arbeitslosenunterstützung an Konsumvereine; 8. Arbeitslosenfürsorge durch Sparzwang; 9. Verbindung von Sparzwang und Arbeitslosenversicherung; 10. freiwillige Sparkassen und Fabriken-Aushülfs- und Versicherungsanstalten. Die freundliche Zusammenstellung ist ein brauchbarer Leitfaden für denjenigen, der sich über Stand und Entwicklung der Frage von der Arbeitslosenversicherung unterrichten will.

Zur Bekämpfung der Wurmkrankheit. Der allgemeine Knappschaftsverein verbande an sämtliche Grubenverwaltungen des Ruhrbezirks umfassendes Material über die Ausbreitung der Wurmkrankheit mit gleichzeitiger Aufforderung, nur solche Leute noch als Arbeiter aufzunehmen, die absolut sicher nachweisen können, daß sie bisher nicht wurmkrank gewesen sind. Das gesamte Zentrum des Ruhrbezirks von Gelsenkirchen bis Dortmund, sowie vom Emscherfluß bis an die von Dortmund nach Essen führende Eisenbahnlinie ist von der Seuche erfaßt, die ständig weitere Fortschritte macht. Letztere wird durch die Verrieselung der Gruben sehr gefördert. Inessen lehnt die Bergpolizeibehörde die geforderte Einstellung der Verrieselung ab unter Hinweis darauf, daß diese Einrichtung die wesentlichste technische Er rungenschauf der Neuzeit sei, um einzelne, sowie Massenfälle zu verhüten.

Ein Streikverein der Apotheker soll gegründet werden. In der Versammlung sächsischer Ortskrankenkassen zu Chemnitz brachte Fräulein Dresden ein vertrauliches Rundschreiben einer „Vereinigung zum Schutze gegen die Boykottierung z. B. der Apotheker durch Krankenkassen“ zur Verlesung. In dem Rundschreiben werden zunächst alle Apotheker aufgefordert, der Vereinigung beizutreten, im Weiteren sind gleichzeitig die Satzungen beigegeben. Danach soll jeder der Vereinigung beitretende Apotheker von seinem Umsatz 1 pCt. als Beitrag einzahlen, wofür er im „Unterstützungsfalle“ 40 pCt. Entschädigung erhält. Weiter heißt es in den Satzungen: Eine Verpflichtung, sämtliche Kassenumsätze anzugeben, besteht nicht, auch sollen die eingereichten Zahlen vom Vorstand als vertrauliche Angaben behandelt werden. Wird einem Mitgliede die Lieferung für eine angemessene Kasse unzureichender Weise entzogen, so erhält es, wenn die Entziehung mindestens einen Monat gedauert hat, eine Entschädigung aus der gemeinsamen Kasse bis zu 40 Prozent der für diese Kasse angemeldeten Umschlagssumme, berechnet für die Zeit der Lieferungsentziehung und soweit der Verlust nicht durch die liefernden Nachbarcollegen gedeckt wird. Als Norm für die Lieferung an Krankenkassen gilt ein Rabatt von 10 pCt., sowie Handverkaufspreise. Haben die Mitglieder bisher höheren Rabatt bewilligt, und verlieren sie durch Kündigung dieses höheren Rabattes die Lieferung, so haben sie ein Anrecht auf Entschädigung nur dann, wenn der Vorstand die Kündigung vorher genehmigt hatte. Wird die Lieferung, welche ein Mitglied für eine Kasse hatte, gegen den Willen des Betreffenden einem anderen Mitgliede übertragen, so hat Letzteres, wenn thunlich, nur gegen Baar zu liefern und 50 pCt. der sich ergebenden Mehrlieferung an die Vereinigung abzuführen, falls er diese 50 pCt. nicht schon an eine andere früher bestehende Vereinigung von Kollegen vertraglich abliefern muß. Die Zahlungen sind an den Kassensührer, Herrn Apothekenbesitzer Dr. Neubronner in Cronberg i. L., zu senden. Der Vorsitzende der Vereinigung ist Herr Apothekenbesitzer Dr. Braubusch in Wiesbaden. Die Herren Apotheker gründen also, wie die „Chemn. Volkszt.“ bemerkt, einen regelrechten Streikverein zur Abwehr „unberechtigter Angriffe und Boykottierung durch Krankenkassen“. Und bei den Apothekern sind alle Angriffe unberechtigt, die sich gegen die verachtete Diktierung von oft sehr unmäßig hohen Preisen richten. Warum übrigens, wenn man eine gerechte Sache vertritt, sich hinter die Devise „Streng vertraulich“ verstecken? Sollte die Gründung der Vereinigung etwa durch die Vorkommnisse in Berlin beim Apothekerstreik hervorgerufen worden sein? Im Interesse sämtlicher Krankenkassen liegt es, auf diese Gründung der Apotheker ein wachsameres Auge zu haben.

Gemeindevahlen. In Alt-Glienice bei Potsdam wurde bei der Gemeindevertreterwahl in der dritten Abtheilung der sozialdemokratische Kandidat Genosse Pries gewählt, der 225 Stimmen erhielt, während auf seinen bürgerlichen Mitbewerber nur 20 Stimmen fielen.

Die Mainzer Stadtverordneten wählten einstimmig den sozialdemokratischen Landtags Abgeordneten Dr. David in das Kuratorium der höheren Mädchenschule.

Reichstags-Kandidatur. Durch Beschluß der Landeskonferenz mußte die Doppelkandidatur des Genossen Ad. Geel im 10. und 6. habsburger Wahlkreis befeitigt werden. Für den 6. Wahlkreis (Offenburg-Oberkirch-Neul) wird nunmehr der Parteigenosse G. Ronsh, Stadtrath in Offenburg, aufgestellt.

Ausschluß von Gemeindevertretern von städtischen Lieferungen. Der Stadtmagistrat Nürnberg beschloß, gedrängt durch die sozialdemokratische Kritik, daß künftig die Mitglieder der beiden städtischen Körperschaften von der Theilnahme an den Lieferungen für die Stadt auszuschließen seien. Dieser Magistratsbeschluß muß, um Rechtskraft zu erlangen, vom Gemeindefollegium sanktioniert werden, in dem zahlreiche Herren sitzen, die sich bisher lebhaft an den städtischen Lieferungen beteiligten, daher wohl auch die starke Gegnerschaft, die der Magistratsbeschluß in diesem Vertretungskörper findet. Man ist gespannt darauf, ob die Herren wirklich den Rath finden, diesem nur selbstverständlichen Beschlusse ihre Zustimmung zu versagen.

Frauen als Gemeindebeamte in Niederland. In einem Gesetzentwurf der niederländischen Regierung, der sich auf die Revision einiger Artikel des Gemeindegesetzes bezieht, ist, wo von der Qualifikation der Stabsbeamten, der städtischen Steuereinnahmer und der Gemeindefunktionäre die Rede ist, ausdrücklich nur auf männliche Personen Bezug genommen, so daß weibliche Geschlecht von diesen Beamtenstellen ausgeschlossen wird. Hiergegen hat nun die niederländische „Vereinigung für Frauenwahlrecht“ eine Eingabe an die Zweite Kammer gerichtet, worin die Kammer ersucht wird, ihre Zustimmung zu jener die Frauen zurückweisenden Bestimmung zu versagen. „Es zeigt sich mehr und mehr“, heißt es in dem Schriftstück, „daß die besoldeten und unbesoldeten Stellen in den Bureaus der Departements der allgemeinen Verwaltung, den Gemeindefunktionären, der

Reichspost-Sparbank und den großen Handels- und Bankerskontors in höchst befriedigender Weise von Frauen besetzt werden, so daß es unbillig wäre, gleichartige Stellen einzig und allein deswegen, weil sie im Gesetz genannt werden, für die Frauen unzugänglich zu machen.“

Unternehmerpraktiken. Die belgische Glasindustrie wird zur Zeit von einer schweren Krise heimgegriffen. Die Glashütten von Mariemont und Jemont haben ihre Oefen ausgelöscht und ihre Thore geschlossen; auch in der Umgebung von Charleroi haben mehrere Fabriken ihren Betrieb eingestellt. Die Unternehmer wollten die Oefen um 15 Prozent herabsenken und glaubten dadurch über die Krise hinwegzukommen; darauf gingen die Arbeiter, die über eine sehr alte und straffe Organisation verfügten, nicht ein. Als das beste Mittel, die Preise hochzuhalten, schlugen die Arbeiter vielmehr vor, eine Einschränkung der Produktion eintreten zu lassen, ohne aber die Oefen zu kürzen. Darauf erfolgte Schließung einer Reihe von Betrieben, durch welche mehrere Hundert Arbeiter arbeitslos geworden sind.

Deutscher Arbeiterverein in Brüssel. Alle jenen deutschen Gewerkschaftsmitglieder und Genossen, welche durch die Verhältnisse gezwungen, nach Brüssel zu kommen beabsichtigen, seien hierdurch auf die Adresse des dort bestehenden deutschen Arbeitervereins aufmerksam gemacht. Derselbe hat sein Vereinslokal im Maison du Peuple, unterstützt seine Landsleute mit Rath und That in allen Arbeits- und sonstigen Angelegenheiten, veranstaltet bildende Vorträge und Diskussionen, besitzt eine reichhaltige deutsche Bibliothek nebst Auslage einiger deutscher Arbeiterzeitungen und widmet sich insbesondere der Pflege der Solidarität und des Klassenbewußtseins, um unsere Landsleute vor dem geistigen Untergang in sogenannten Klimbim-Vereinen zu bewahren. Weiter wird hier die Eröffnung eines deutschen Volkshauses energisch betrieben, um der Mijere im tiefsten Herbergsweien und den damit verbundenen Unzuträglichkeiten sowie der Verpehlung wirksamer als bisher entgegnet werden zu können. Wir empfehlen deshalb bis auf Weiteres die Herberge unseres Genossen L. Joffe, Place St. Gery 6/7, in der Nähe der Börse. Die deutsche Arbeiterpresse ersuchen wir, die unterzeichnete Adresse sowie das Vereinslokal nebst Herberge von Zeit zu Zeit zu veröffentlichen, ebenso mögen die Ortsverwaltungen deutscher Gewerkschaften Mitglieder, die auf der Reise nach Brüssel beruhen sind, auf vorstehende Adresse aufmerksam machen. Endlich ersuchen wir die theilhaftigen Kreise, bei Anfragen über Ertheilung von Auskünften sich nur an den Unterzeichneten zu wenden. Mit Parteigruß Louis Scholz, Präsident des deutschen Arbeitervereins in Brüssel, Rue de Munich 62, St. Gilles.

Das Inseriren in einem sozialdemokratischen Blatte wurde dem Gemeinderathe der Stadt Eilfberg in Sachsen verboten. Die Stadt braucht einen neuen Bürgermeister und der Stadtgemeinderath beschloß, die Stelle auszuscheiden. Zugleich wurde beschlossen, das Inserat auch im „Sächsischen Volksblatt“, unserm Zwickauer Bruderorgan, zu veröffentlichen. Darüber beschwerten sich einige Gemeindeglieder, die wahrscheinlich fürchteten, einen sozialdemokratischen Bürgermeister zu bekommen, bei der Aufsichtsbehörde. Diese verbot dann auch das Inserat im „Volksblatt“ sowohl wegen der „hohen Kosten“ und weil das „Volksblatt“ eine sozialdemokratische Zeitung sei. Das ist nebenbei auch ein Beitrag zur Selbstverwaltung der Gemeinden.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Hollands wird auch in diesem Jahre wie gewöhnlich zu Opiert stattfinden, und zwar in Enschede. Von den Abtheilungen der Partei aus verschiedenen Orten liegen bereits gegen 50 Anträge vor. Die Tagesordnung wird jedenfalls sehr reichhaltig werden.

Aus Nah und Fern.

Von der mecklenburgischen Heirath. Ueber den morgantischen „Gatten“ Anastasias, den plötzlich zum „Ruffen“ avancirten Grafen Viktor Boff, schreibt der Dresdener Gewährsmann der „Rückkehr Post“: „Graf Viktor Boff, der Name ist ja nun von den anderen Blättern genannt, ist der Sohn des verstorbenen Majoratsheeren Grafen Felix Boff Gienitz, eines alten österrichischen Offiziers und dessen ebenfalls verstorbenen Gattin, einer geborenen Gräfin Szapary. Die Ehe des gräflichen Paares war keine sehr glückliche, der Graf lebte in Mecklenburg, die Gräfin in Dresden, wo sie einen treuen Berater und Freund an dem verstorbenen Oberhofmarschall der Königin, Bütichau, fand. Zwei Schwwestern des „russischen Wärdenträgers“ sind an österrichische Aristokraten (Bergen und London) verheirathet. Der ältere Bruder Felix, früher aktiver Offizier, mußte wegen enormer Schulden nach Java, kam jedoch nach einigen Jahren zurück, hat nach dem Tode des Vaters das Majorat angetreten und sich mit einer sehr reichen Amerikanerin verheirathet. Der Graf Viktor besuchte in Dresden das Bisthumische Gymnasium, ohne in dessen große Erfolge zu erzielen. Als er nicht weiter wie bis Prima gelangte, zog er es vor, nach Mecklenburg zu gehen und dort in der Heimath sein Examen abzulegen. Nachher reiste er etwas, wurde Johann Kammerherr der Großherzogin und Iorbeergeröndter Lawn-Tennis-Sieger. Das sind seine Thaten und sein Leben. Ruffe und morgantischer Gatte (?) muß er erst sehr kurzem (!) sein. Januar 1903 war er es noch nicht. Uebrigens ist er nicht der erste Boff, der morgantisch geheißt wird, man braucht nur die Memoiren seiner Ahnfrau, der preussischen Oberhofmeisterin, zu lesen, um zu erfahren, daß eine Boff-Friedrich Wilhelm II. ehelichte zur linken Hand — während er noch zur rechten Hand beweist war.“

Wieder ein polizeilicher Mißgriff. Der Decker Hermann Schlaht, der in Berlin im Januar aus Danzig zugereist war, sprach am 13. Februar bei der Firma Meves in der Schönbauer Allee um Arbeit vor. Als er ununterrichteter Sache aus der Fabrik wieder herauskam, hielt ein Kriminalbeamter ihn an und verhaftete ihn unter der Anschuldigung, daß er gebettelt habe. Auf der Polizeiwache gab Schlaht der Wahrheit entsprechend an, daß er im Gewerkschaftshaus wohne. Auch der Einwand des Siffrins, daß er doch Legitimationspapiere und Geld bei sich habe und außerdem für ihn eine Postanweisung auf 20 Mk. eingetroffen sei, die er auf dem Postamt in der Königsstraße abholen werde und somit keine Ursache für ihn zum Betteln vorliege, fand bei den Polizeibeamten keine

Beachtung. Schlacht wurde vielmehr nach dem Stadtvogel- Gefängnis gebracht und mußte dort, wie der „Vorwärts“ berichtet, vom 13. Februar bis zum Dienstag voriger Woche in Untersuchungshaft bleiben. Als dann die Verhandlung gegen ihn stattfand, mußte er, da jegliches Beweismaterial für die Anschuldigung fehlte, selbstverständlich vom Richter freigesprochen werden. Wer entschädigt den Mann nun für die schwere Unbill, die ihm und seiner Familie durch die achtzehn Tage währende Haft zugefügt worden ist?

Eine Schlachthofstelle für Hundeschlachtungen ist in Liegnitz seitens der städtischen Behörden einzurichten beschlossen worden. In München besteht eine solche Stelle bereits; die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, sind aber nicht sehr erfreulich. Es wird darüber aus München berichtet: Der zur Schlachtung von Hunden im städtischen Schlacht- und Viehhofe eingerichtete Raum wurde heute (d. h. vor einigen Tagen) dem Betriebe übergeben. Wie notwendig es war, auch für die Schlachtung von Hunden die sanitären Maßnahmen der Fleischschau einzuführen, beweist der Umstand, daß von den zum ersten Male zur Schlachtung gebrachten vier Hunden schon das dritte Thier wegen hochgradiger Tuberkulose beiseite und der Vernichtungsanstalt übergeben werden mußte. — Traurig, daß es in Deutschland dank der Fleischtheuerung so weit kommen mußte.

Salzweidel. Liebesdrama. Ein Mord und Selbstmord ist am Mittwoch in später Abendstunde hier verübt worden. Seit längerer Zeit unterhielt der Hausdiener Bernau mit einem Mädchen ein Verhältnis, das durch die vor einigen Tagen erfolgte Verheirathung des Mädchens mit einem anderen Manne ein Ende fand. Bernau hatte dem Mädchen wiederholt gedroht, es zu erschlagen, wenn es sich verheirathen würde. Mittwoch kam die junge Frau zu ihm in die Wohnung, um ihm Vorstellungen zu machen, Bernau sprang auf, zog einen Revolver und schoß ihr zwei Kugeln durch den Kopf; nach einem furchtbaren Ausschrei sank die Betroffene todt zu Boden. Dann stürzte der Mörder auf den Flur und schoß sich gleichfalls eine Kugel in die Schläfe; er war auf der Stelle eine Leiche.

Hannover. Bei einer Explosion in der Lindener Fäbriksfabrik wurde ein Arbeiter getödtet.

Noch ein Soldatenpeiniger. Das Kriegsgericht der 8. Division in Halle a. S. beschäftigte sich Donnerstag in siebenstündiger Verhandlung mit der Sache des Unteroffiziers Kaspar Kühwin von der 7. Kompagnie des 72. Infanterie-Regiments in Lorange. Das skandalöse Treiben des Angeklagten, worüber wir erst kürzlich berichtet haben, wird unsern Lesern noch in Erinnerung sein. In einer Anfang Februar stattgehabten Verhandlung wurde die Sache gegen Kühwin ausgesetzt, da dieser sich auch der Verleitung seiner Untergebenen zum Meineid schuldig gemacht haben sollte. Der Angeklagte hatte beinahe seine Dienstgewalt in grenzenloser Weise mißbraucht und seine Untergebenen so eingeschüchtert, daß sie sich in der vorigen Verhandlung nicht getrauten, gegen ihn auszusagen. Der Verhandlungsführer ermahnte die geladenen Zeugen nochmals eindringlich, sie möchten nun endlich die Wahrheit sagen und dazu beitragen, daß der schlechte Eindruck, den sie in der vorigen Verhandlung gemacht haben, wieder verwischt werde. Den Unteroffizier brauchten sie nicht mehr zu fürchten; die Mißhandlungen möchten frei und offen Rede stehen und dafür sorgen, daß nicht wie im vorigen Termin die Wahrheit tropfenweise herausgeholt werden müsse. Bekannt wurde diesmal auch, daß der am meisten mißhandelte Musiker Mauerer davon gelaufen ist, dann in der strengen Dezemberkälte vorigen Jahres in einem Strohdienem genächtigt und dabei die Füße vollständig erfroren hat. Der Unglückliche, dem insolge dessen beide Beine abgenommen werden mußten, wurde auf einer Bahre als Zeuge in den Gerichtssaal getragen. Der Angeklagte hatte seine Untergebenen mit dem Seitengewehr, mit dem Besenstiel geschlagen, gestoßen, geohrfeigt u. s. w. Er wurde wegen Mißhandlung in 29 Fällen, vorschriftswidriger Behandlung in 7 Fällen, Beleidigung und Mißbrauch der Dienstgewalt zur Degradation und 8 Monaten Gefängnis verurtheilt und von der Verleitung zum Meineid mangels Beweises freigesprochen. Der Verdacht bleibe aber bestehen, hieß es in der Urtheilsbegründung, daß der Angeklagte es unternommen habe, seine Untergebenen zum Meineid zu verleiten. Der Angeklagte will bei dem Oberkriegsgericht in Magdeburg Berufung einlegen.

Nordhausen. Mord. Im Orte Dietersdorf (Kreis Sangerhausen) wurde die 30-jährige Wittwe Anna Schmelzer geb. Ehrhardt todt im Brunnen des Arbeiters Böttcher aufgefunden. Die Leiche zeigte Strangulirungsmarken am Hals und mehrere furchtbare Verletzungen am Kopf, anscheinend von einem Hammer herrührend. Als des Verbrechens dringend verdächtig wurde ein junger Burche des Ortes, Landwirth Aug. Mehle, in Haft genommen und geschloffen nach Hofla gebracht. Mehle hatte ein Liebesverhältnis mit der Frau.

Blauen i. B. Heilige Gräbsteine wurden Freitag wiederum in Blauen, Reichenbach, Juidau und anderen Orten Sachsens und Böhmens verspürt, ein Beweis, daß die Ederstrümpferungen im Bogiland sehr heftig waren. In einer Nachricht des „Bogt. Anz.“ aus Unterjochsburg heißt es: Schwundenlang schwanken in den Häusern, namentlich Goldhämern, Bräutern und Balken. Die Erschütterungen waren sehr ernst und beängstigend. Viele fürchten den Eintritt der Nacht; an eigentliche Nachtstunde ist nicht mehr zu denken. Unter der Bevölkerung herrscht große Erregung.

Kassel. Gattenmordversuch. Der Bremser Krohn stürzte ein Knochentent auf seine Ehefrau aus. Diefelbe erhielt zwei Knochenschüsse, so daß sie schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Heiligenstadt. Ein schweres Gewitter, das in heftiger Regengießung niederging, zündete in Gardelegen fünf Bohnhäuser jenseit dem Feuer zum Opfer.

Ein Taubenpaar aus Nürnberg. In Aschen wurde vor ungefähr einem Jahre ein Taubenpaar entdeckt, das sich heute, wie Herr Schütz in der Zeitschrift „Natur und Offenbarung“ berichtet, im Kollegium zu Eitland befindet, da es feinegleiches wohl so leicht nicht wiedergibt. Ein Taubenpaar hat sich nämlich die jehanne Viehhäuser erlaubt, sich ein Nest aus — Nürnberg herzustellen. Der Besitzer der Thiere hat ihnen reichlich Heu und Stroh bereit gelegt, als sie sich zum Nestbau vorbereiteten, sie aber holten das ganze Material aus dem Schutthaufen einer benachbarten Viehhäuser. Das Nest war, obwohl die Nester ganz weiches mit den Spitzen nach außen gerichteten

mengestellt worden, doch so gut gemacht, daß beim Wegnehmen desselben nur wenige Nadeln herausfielen. Der Umfang des Nestes beträgt 58 Zentimeter. Es ist 6 Zentimeter hoch und wiegt 149 6 Gramm. Es besteht aus 1000 bis 1100 Nadeln von 72 Millimeter Länge, die, da sie einander geschnitten werden sollten, je zwei Spitzen und in der Mitte zwei Defen haben. In dieser Folterkammer waren ganze fünf oder sechs Daunen eingefügt. Das Weibchen legte dann auch pflichtschuldigst die Eier und brütete sie abwechselnd mit dem Männchen. Vor dem Auskriechen der Jungen wurde das Nest ausgehoben, doch wären die hohlen, nackten Thierchen darin auch sicher zu Grunde gegangen. Was das Taubenpaar zu diesem sonderbaren Baumaterial hintrieb, ist nicht so leicht zu verstehen, sicherlich nicht eine hervorragende Intelligenz. Wahrscheinlich hielten die Thiere die angerosteten Metallstücke für Reifig und benutzten die gute Gelegenheit, alles Material so schön auf einem Haufen beisammen zu finden. Später benutzten sie jedoch immer Heu und Stroh zum Nestbau, wie es sich für ehrsame Tauben ziemt.

Wie man die Landwehr antreibt. Vom Kriegsgericht der 3. bayerischen Division in Landau i. Pf. stand in der vorigen Woche der Hauptmann Schaaß der zweiten bayerischen Fußartillerieregiments in Gernersheim unter der Anklage des Mißbrauchs der Dienstgewalt. Die Anklage war erhoben worden auf Grund einer Veröffentlichung unseres pfälzischen Parteiorgans, in der dem Hauptmann nachgesagt wurde, er verkehre mit dem ihm unterstellten Landwehrleuten in einer Art und Weise, wie man es sonst nur auf dem Kasernenhof gewohnt sei. Fauler, leichtsinniger, unverschämter Kerle, Landwehrgeinidel, Bande usw. waren die ihm vor Gericht nachgewiesenen Anreden der Leute. Einen Obergefreiten, dem er kurz hintereinander zwei sich widersprechende Befehle gab, und der ihn frag, welchen Befehl er eigentlich vollführen solle, lud er nach Götz von Berlichingen Art ein, an ihm eine gewisse Berichtigung auszuführen. Mit vier Tagen Strafbeneidung erstarrte das Gericht die Vergehen des Hauptmanns als geföhnt und nahm dabei noch an, daß der Ausbruch „Kerle“ keine Beleidigung enthalte. Wie nun aber, wenn sich einmal ein Landwehrmann beisammen läßt, den Hauptmann mit Kerl anzureden?

Gotteslästerungen. Ein Rattenkönig von Anklagen wegen Gotteslästerungen und Verächtlichmachung von Religionseinrichtungen lagen dem 35 Jahre alten Kaufmann Joseph Sonthemer und dem 23 Jahre alten Ingenieur August Richter zur Last, die sich dieser Tage vor der Strafkammer in München zu verantworten hatten. Nach der Anklage erschienen die Weiden Hinderichsdorfer verdächtig: 1. öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen Gott gelästert und dadurch Vergerniß gegeben zu haben; 2. öffentlich eine der christlichen Kirchen, wie auch ihre Einrichtungen und Gebräuche beschimpft zu haben, und zwar in einer öffentlichen Versammlung der Freidenkervereinigung vom 9. April v. J. im „Kreuzbräu“ in München. Die beiden Angeklagten gaben die ihnen zur Last gelegten Aeußerungen im Großen und Ganzen zu, behaupteten aber, daß sie aus dem Zusammenhange herausgerissen sind und deshalb einen ganz andern Sinn erhalten. Sie wollten mit ihren Ausführungen nur nachweisen, daß das, was die Theologen lehren, nicht auf Wahrheit beruhe, aber keineswegs kirchliche Einrichtungen beschimpfen. Sie wollten vielmehr aufklären und die Befreiung der Menschheit aus geistiger Unmacht anstreben. Der prakt. Arzt Dr. Kercher von Kottenburg hat einige Versammlungen besucht und hat den Eindruck gewonnen, daß es den beiden Angeklagten nicht um wissenschaftliche Erörterungen, sondern darum zu thun war, Andersgläubige zu verleiten. Als „Sachverständiger“ war — o Fronte — der geistliche Rath und Theologieprofessor (!!) Wirthmüller von der Staatsanwaltschaft geladen, welcher sich lediglich über die Einrichtungen und Gebräuche der katholischen Kirche äußerte. Der Staatsanwalt beantragte im Hinblick auf „die Nothzeit der Ausdrücke und der „systematischen, planmäßigen Hege“ gegen die Kirche die Kleinigkeit von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis für beide Angeklagte und sofortige Verhaftung!! Das nach längerer Verhandlung gefällte Urtheil lautete für Sonthemer auf drei Wochen, für Richter auf 1 Monat 15 Tage Gefängnis, wobei das Gericht sämtliche den Angeklagten zur Last gelegten Gotteslästerungen ansah und nur Beschimpfung christlicher Gebräuche und Einrichtungen der Kirche zur Grundlag seines Urtheils machte. Als strafmildernd hob die Urtheilsbegründung hervor, daß die Angeklagten Vieles gelesen, das sie offenbar nicht verstanden haben und so Wahres und Unwahres vermischten.

Silben. Beim Probefchießen mit 8 Millimeter-Mitrailleur in den Sodawerken ging ein Schuß zu früh los. Ein Arbeiter wurde getödtet, ein zweiter sehr schwer verletzt.

Paris. Eine neue Schiffskatastrophe. „Reit Temp“ veröffentlicht ein Telegramm aus Nantes, worin mitgetheilt wird, daß ein großer Dampfer, der Mittwoch Nachmittag 3 Uhr den Hafen verließ, 3 Meilen vom Strande infolge einer Kesselerplosion gesunken ist. Man glaubt, daß sich auch nicht ein Mann habe retten können. Der Name des Schiffes ist bis jetzt noch unbekannt. Bisher wurden nur drei Leichen ans Land geholt.

Cesarina Percolani. Aus Italien schreibt man der „Schwab. Legv.“: Die 37jährige Gräfin Cesarina Gatti-Percolani verfolgt bekanntlich die Harzbermögensverwaltung König Viktor Emanuels III. als Erben des verstorbenen Königs Humbert mit Ansprüchen auf Alimentirung ihrer in Armut geratenen Person und ihres Sohnes, eines 20jährigen Thronerben. Eine vor 3 Monaten eingereichte Klage wurde glatt abgewiesen, weil sie nicht einmal ihre Mütterrecht glaubhaft zu machen verstand; denn der wegen Körperverletzung verurtheilte ehemalige Student Humbert Percolani ist im Staatsregister der Stadt Rom als ihr legitimer Bruder eingetragen. Jetzt ist die Gräfin Percolani mit einer zweiten und neuen Klage, zugeführt dem Hausminister General Bongio-Loggia, beim Appellhof von Rom angekommen. Dieses Klagebegehren ist mehr als pitant; denn es heißt sich auf die Leg. Anklage eines Minderjährigen, bezogen mit zwanzigjähriger Beschäftigung der todtten Königin Humbert eines Sittlichkeitsvergehens und die eigenen Eltern der erlöbten Kindesunterziehung und falschen Beurkundung. Die Klägerin will nämlich den

Beweis dafür antreten: 1) Mit vierzehn Jahren (!), d. h. vom 18. Juli 1880 (als Musikschülerin) bis Mitte Januar 1883, trat sie in intime Beziehungen zu ihrem königlichen Liebhaber; 2) Aus dieser Verbindung entsproß der Knabe Humbert, der zuerst als natürliches Kind eines Unbekannten und später — ohne Vorwissen der Klägerin — als deren legitimer Bruder von ihren Eltern bezeichnet wurde. Für diese falsche Beurkundung könne die verführte Minderjährige nicht verantwortlich gemacht werden; 3) Bis Ende 1883 wurde die Klägerin vom Hofe reichlich unterstützt. Die Gerichtsverhandlung ist auf den 30. März anberaumt.

Im das Ausbleiben des Leonidenschwarms im Jahre 1899 und in den folgenden Jahren anknüpfend, hielt der Direktor der Wiener Universitätssternwarte, Hofrath Prof. Edmund Weiß, im Verein zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse einen Vortrag, worin er ausführte, daß die Meteorwolke der Leoniden, die auf ihrer bisherigen Bahn den Bahnen Saturns und Jupiters sehr nahe gekommen, dadurch abgelent worden und in eine neue Bahn gerathen sei, auf der sie nicht mehr in die Nähe der Erde gelange. Professor Weiß sprach die Vermuthung aus, daß das Schauspiel des Leonidenschwarms von dem Menschen geschlecht nie mehr gesehen werden dürfte, weil die Leoniden durch die Ablenkung von ihrer Bahn wahrscheinlich auch zerstreut und in kleine Gruppen aufgelöst wurden.

Ein geheizter Stadttheil. Die Stadt Sandusky (Ohio) hat während des letzten Winters den Versuch gemacht, 100 Häuser an eine Heizentrale mit einem Rohrnetz von 3000 Metern Länge anzuschließen. Das Ergebnis war nicht nur in technischer, sondern auch in finanzieller Hinsicht befriedigend, da sich für den Einzelnen sowohl, als für die Allgemeinheit bedeutende Ersparnisse erzielen ließen.

Ein merkwürdiges Volk, das in den Sümpfen von Neu-Guinea lebt, schildert der dortige Administrator Sir Francis B. Winter in einem Bericht an den Generalgouverneur von Australen. Die Uhgaiambo leben seit einer Zeit, die jenseits der Ueberlieferung der Eingeborenen liegt, in Sümpfen. Ihre Häuser sind auf Pfählen errichtet, die etwa 12 Fuß über der Oberfläche des Wassers liegen. Auf dem Wasser fahren sie mit Kanoes, die aus Baumstämmen hergestellt sind und die sie, aufrecht stehend, mit einer Stange vorwärts treiben. Sie sind auch tüchtige Schwimmer und gleiten mit Leichtigkeit durch Schilfmassen oder über schwimmende Gewächse dahin. Sie verlassen den Sumpf niemals, und ihre Lebensweise hat auf ihren Körper so eingewirkt, daß sie auf festem Boden nicht ordentlich gehen können und ihre Füße bei dem Versuch, es zu thun, bluten. Sir Francis Winter beschreibt einen Mann und eine Frau des Volkes wie folgt: „Der Mann wäre ein Eingeborener von stattlicher Größe, wenn sein Körper von den Hüften abwärts im Verhältnis zur oberen Körperhälfte stünde. Er hatte eine gute Brust und für einen Eingeborenen einen dicken Hals und seine Arme paßten zum Rumpf. Seine Füße waren kurz, breit, sehr dünn und flach und hatten — für einen Eingeborenen — schwach aussehende Zehen. Diese letztere Körperbildung war noch bemerkenswerther bei der Frau, deren Zehen lang und dünn waren und steif vom Fuß abstanden, als ob sie ohne Gelenke wären. Die Füße des Mannes und der Frau schienen auf dem Boden etwa wie hölzerne Füße zu ruhen. Die Haut über den Knien des Mannes war in losen Falten, und die Sehnen und Muskeln um das Knie nicht gut entwickelt. Die Muskeln auf dem Schienbein waren viel besser als die der Wade entwickelt. Bei dem gewöhnlichen Eingeborenen ist die Haut auf den Händen glatt und straff, und die Anatomie des Körpers ist deutlich unterscheidbar, aber der Uhgaiambo-Mann hatte mehrere Falten dicker Haut oder Muskeln quer über den Händen, wodurch seine Körperumrisse verborgen waren. Als wir einen unserer Eingeborenen von derselben Größe neben den Sumpfmenschen stellten, bemerkten wir, daß unser Eingeborener an den Hüften etwa drei Zoll größer war. Ich sah den Mann auch von der Seite; in der Figur und Haltung sah er mehr affenartig als ein menschliches Wesen aus. Die Frau war im mittleren Alter und viel schwächer gebaut als der Mann, aber ihre Beine waren auch kurz und schlank im Verhältnis zu ihrer Figur, die von der Taille bis zu den Knien mit einer Hülle aus selbstgewebtem Tuch bekleidet war.“

Lübecker Stadttheater.

Judith, Tragödie in 5 Akten von F. Heibel. Zum Abschied von Lübeck spielte Alwine Wieders Freitag dem hiesigen Publikum Heibels klassische Judith vor, so recht eine Rolle, in der ein starkes Talent sich ordentlich auszuweisen kann. Nach ihrer überzeugungssträftigen Elida Wangel in Iphens „Frau vom Meer“ stand mit tödtlicher Sicherheit zu erwarten, daß die hochverehrte Gastin als Judith einen bedeutenden Erfolg erzielen würde, und das ist denn auch eingetroffen. Alwine Wiede verstand es in meisterhafter Weise selbst die geheimsten Seelenfäden der Judith-Rolle bloß zu legen, so daß die graufige That der Bethulierin an Holofernes geradezu als eine sittliche That erschien. Dabei verschmähte die Gastin jedes Faschen nach Effekt; sie spielte nicht die Rolle, sondern sie durchlebte dieselbe, und darin besteht ja gerade die Kunst des großen Schauspielers. Der reichliche Beifall, der zum Schluß erfolgte, war das sicherste Zeichen dafür, wie sehr die Künstlerin den Zuschauer zu Herzen gespielt hatte. Wüßte sie recht bald wieder auf unserer Bühne erscheinen! Den Herrenmenschen Holofernes spielte Tom Zimmere recht und billig; manchmal that er des Guten sogar zu viel und überschrie sich fast. Ganz hervorragend gab Felix Koffert den stummen und blinden Daniel. Besonders in der Scene, in der Daniel die Sprache und das Augenlicht wieder gewinnt, war er von überwältigender Wirkung. Zweifellos steht dem jugendlichen Künstler noch eine große Zukunft bevor. Aus der großen Zahl der sonstigen Mitwirkenden sei noch Hanna Jungmann erwähnt, die ihre Mirza bei aller Schlichtheit und Natürlichkeit doch anziehend zu gestalten wußte. Wenn sie ihrer Aussprache noch mehr Sorgfalt, ihrem Sprechorgan noch mehr Schulung widmet, verspricht sie sehr brauchbar zu werden. Die Volksgenossen waren von der Regie, für die Herr Gattig e id verantwortlich zeichnete, stimmungsvoll inszenirt, sodaß eine im Großen und Ganzen recht beachtenswerthe Aufführung zu Stande kam.